

1 WAHLPROGRAMM FÜR DIE BAYERISCHE LANDTAGSWAHL 2008

2

3 Entwurf für den Landesparteitag am 26. Juli 2008 in Nürnberg

4

5 Inhalt

6

71. Warum DIE LINKE wählen? 2

8

92. Arbeit und soziale Gerechtigkeit 4

10 Soziale Sicherheit ist Menschenrecht 5

11 Sinnvolle Arbeit für alle organisieren 5

12 Die Wirtschaft muss den Menschen dienen 7

13 Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren, sondern ausbauen 9

14 Gesundheit ist keine Ware – umfassende Gesundheitsversorgung für alle 11

15 Mehr soziale Hilfen schaffen 12

16 Menschen mit Behinderungen integrieren 12

17 Altersarmut vermeiden 13

18 Selbstbestimmtes Leben im Alter 14

19 Pflegenotstand verhindern 14

20

213. Bildung für alle statt soziale Auslese 15

22 Gemeinschaftsschule - Eine Schule für alle 16

23 Berufliche Bildung verbessern 17

24 Für eine demokratische Hochschule – Weg mit den Studiengebühren 19

25 Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen 20

26 Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit stärken 21

27 Freiheit für Kunst und Kultur 22

28 Medienvielfalt statt kommerzieller Medienverflachung 22

29

304. Gleichberechtigung 24

31 Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen 24

32 Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik 25

33 Für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen 26

34

355. Für ein demokratisches Bayern 27

36 Für die Demokratisierung der Verwaltung 27

37 Freiheitsrechte und „Innere Sicherheit“ 28

38 Drogenpolitik: Hilfe statt Repression 29

39 Privatsphäre schützen – Nein zum „gläsernen Menschen“ 30

40 Flüchtlinge brauchen Schutz – Asylrecht ausbauen 30

41 Antifaschismus 31

42

436. Für ein lebenswertes Bayern 32

44 Natur und Landschaften schützen 33

45 Abfallwirtschaft 33

46 Wasser und Abwasser 34

47 Verkehr 34

48 Transrapid 36

49 Klima- und Energiepolitik 36

50 Dem Dorf eine Zukunft geben 37

51 Für einen ökologisch orientierten Landbau - gegen Gentechnik 38

52 Bayerns Wälder – Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren 39

54

557. Für den Frieden – gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr 40

56

1

21. Warum DIE LINKE wählen?

3

4Bayern ist ein reiches Land. Aber inmitten des Reichtums wächst neue Armut, und viele
5Menschen sind von Zukunftsängsten geplagt. Die Kluft zwischen reich und arm, zwischen
6den herrschenden Eliten und der großen Mehrheit, zwischen Stadt und Land wächst, und mit
7ihr wächst die Ungleichheit der Lebenschancen, die soziale Ungerechtigkeit. Ein sozialer
8Riss geht durch Bayern.

10DIE LINKE wird Bayern verändern. Sie wird die Stimme des sozialen Gewissens und der
11Gerechtigkeit sein, die im bayerischen Landtag bislang fehlt. DIE LINKE tritt an für eine
12andere Politik, für die Einheit aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit.
13Sie steht für Demokratie und Frieden. Sie will, dass die guten Normen der Bayerischen
14Landesverfassung Wirklichkeit werden.

15

16DIE LINKE will Gerechtigkeit für alle Menschen, insbesondere für die, die durch Armut,
17Ausgrenzung, Krankheit oder sonstige Einschränkungen benachteiligt sind. Der Gedanke der
18Geschlechterdemokratie durchzieht unsere Politik und unser Programm. DIE LINKE will ein
19„Bayern für alle“.

20

21DIE LINKE ist eine junge Partei. Sie wurde im Juni 2007 neu gegründet als
22Zusammenschluss aus der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) und der
23Linkspartei.PDS. Im Bundestag hat sie als einzige wirkliche Opposition viel in Bewegung
24gebracht. Die Fraktion der LINKEN ist in Deutschland und Europa als Stimme für Frieden
25und soziale Gerechtigkeit unüberhörbar geworden. Die Partei DIE LINKE hat seitdem viele
26tausend neue Mitglieder gewonnen.

27

28Auch im bayerischen Landtag wird DIE LINKE ihre Stimme erheben und der CSU keine
29Ruhe gönnen. Denn die von Beckstein geführte Regierung hat für die sozialen Probleme der
30Menschen kein Verständnis. Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik ist an den Interessen der
31großen bayerischen Konzerne ausgerichtet. Erwerbslose werden nur verwaltet, die sozial
32Benachteiligten an den Rand gedrängt. Im Bund hat die bayerische CSU die Agenda-Politik
33der rot-grünen Bundesregierung mit betrieben. Sie trägt die Politik der sozialen Kälte in der
34Großen Koalition mit und treibt den Klassenkampf von oben voran. Damit verschärft sie die
35sozialen Probleme.

36

37Die SPD hat spätestens unter Schröder mit dem Schwenk zur Agenda 2010 und den Hartz-
38Gesetzen ihre Legitimation verloren, für die sozial Benachteiligten, die Arbeitnehmerinnen
39und Arbeitnehmer zu sprechen.

41Aus den einst rebellischen Grünen ist eine Partei der Besserverdienenden und Etablierten
42geworden. Mit ihrer tatkräftigen Mitwirkung bei den Hartz-Gesetzen, ihrer Zustimmung zum
43Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien und dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan hat
44sie sich sozial- und friedenspolitisch ungläubwürdig gemacht.

45

46Die grundlegenden Richtungsentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte sind von einer
47ganz großen Koalition der Parteien getroffen worden, die zurzeit noch alleine im bayerischen
48Landtag sitzen. Das gilt für viele Bundesgesetze, die von SPD und Union in der Großen
49Koalition gemeinsam ausgeheckt wurden, für die GRÜNE und die SPD im Bundestag ihre
50Hand gehoben haben – auch ihre bayerischen Abgeordneten. Das betrifft die Hartz-Gesetze
51ebenso wie die Rentenreform, die Senkung der Einkommenssteuer für Reiche, die Senkung
52der Unternehmenssteuer und die faktische Abschaffung der Vermögenssteuer.

53

54Die Oppositionspolitik von SPD und GRÜNEN im bayerischen Landtag ist zaghaft und
55halbherzig. Es wird deshalb Zeit, dass DIE LINKE frischen Wind ins Landesparlament bringt.

56

1Der kaum gebremste Kapitalismus schafft immer mehr Ungerechtigkeit. Er ist kalt wie die
2neoliberale Politik, die ihn für alternativlos erklärt. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist
3nicht in der Lage, die Arbeits- und Lebensinteressen der Menschen dauerhaft zu sichern.

4

5Mehr und mehr beschädigt die herrschende Politik den sozialen Frieden und schwächt das
6Vertrauen in die Demokratie: Millionen Bürgerinnen und Bürger werden durch
7Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und prekäre Beschäftigung ausgegrenzt. Immer mehr
8Menschen erkennen, dass sie nur noch als Kostenfaktoren gesehen werden. Das Vertrauen
9in die Gestaltungsfähigkeit der Politik sinkt. Es wundert nicht, dass die Wahlbeteiligung
10beständig abnimmt. Das schädigt die Demokratie. In einem solchen Klima gewinnen
11Rechtsextremisten mit Sozialdemagogie und rassistischen Parolen an Zulauf.

12

13DIE LINKE nimmt dies nicht einfach hin. Wir stehen zu der im Grundgesetz verankerten
14Verpflichtung zu Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Wir treten für eine friedliche
15Politik des Ausgleichs der Interessen und der Verständigung ein. Und wir folgen dem
16antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes. Die Lehren aus Auschwitz, Dachau,
17Flossenbürg und Buchenwald beeinflussen unser politisches Handeln. Wir fühlen uns dem
18antifaschistischen Geist, wie er im Art. 184 der Bayerischen Verfassung zum Ausdruck
19kommt, verpflichtet und fordern das unverzügliche Verbot der NPD.

20

21Auch in Bayern sehen sich viele Menschen nicht mehr durch die etablierten Parteien
22vertreten. Für sie ist DIE LINKE zu einem Hoffnungsträger geworden.

23

24Mit Ihrer Stimme für DIE LINKE unterstützen sie die Wende zum neuen sozialen Denken und
25zur Stärkung der Demokratie in Bayern.

26

27Eine andere Politik ist finanzierbar

28

29Seit mehr als 25 Jahren betreiben SPD und CDU/CSU zusammen mit FDP und Grünen in
30trauer Eintracht und wechselnden Rollen dieselbe Politik: Sie schenken Jahr für Jahr den
31Reichen und Wohlhabenden, den Unternehmen und Konzernen mit immer neuen
32Steuererleichterungen immer mehr Geld. Der Anteil der Steuern aus Gewinneinkommen und
33Vermögen am gesamten Steueraufkommen ist extrem gesunken.

34

35Die Steuergeschenke für die Reichen führen zu Milliardenausfällen. Dafür belastet die große
36Koalition mit der Mehrwertsteuererhöhung besonders die Haushalte mit geringem
37Einkommen. Bund und Länder haben mit ihrer Steuerpolitik erreicht, dass Deutschland
38inzwischen das Land mit der niedrigsten Effektivbesteuerung in der EU ist.

39

40Allein eine Anhebung der Abgabequote auf das unter dem ehemaligen CDU-Kanzler Kohl
41noch geltende Niveau würde ausreichen, die Finanzierung der von der Partei DIE LINKE
42vorgeschlagenen Investitionsprogramme und Projekte sicherzustellen. Die Anhebung der
43Steuer- und Abgabenquote auf den EU-Durchschnitt brächte Deutschland 120 Milliarden
44Euro Mehreinnahmen.

45

46Bei der Politik der Anhäufung von immer mehr privatem Reichtum und der gleichzeitigen
47Zunahme öffentlicher Armut – vor allem in den Kommunen – ist Bayern alles andere als ein
48Opfer. Im Gegenteil: Die Staatsregierung hat im Bundesrat die in die falsche Richtung
49gehende Umverteilung mitgetragen und sogar vorangetrieben.

50

51Die bayerische Staatsregierung ist stolz auf ihre Politik der Haushaltskonsolidierung,
52verschweigt jedoch, dass diese weitgehend auf Privatisierungserlöse, ein drastisches
53Sparprogramm und Personalabbau im Öffentlichen Dienst zurückzuführen ist.

54

1 Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte führt zu einer zusätzlichen Umverteilung von
2 unten nach oben. Von ihr profitieren mit Zinsen in Milliardenhöhe vor allem die Inhaber
3 großer Aktien- und Wertpapierdepots.

4

5 DIE LINKE fordert: Öffentliche Schulden sollen vor allem durch Eingriffe in die bestehenden
6 Verteilungs- und Vermögensstrukturen mit dem Ziel wachsender Staatseinnahmen
7 schrittweise abgebaut werden. Wichtige Beiträge hierfür wären die gewinnabhängige
8 Gestaltung des Körperschaftsteuersatzes, die Rücknahme der Steuerfreiheit für
9 Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer
10 und der Börsenumsatzsteuer. Damit werden die Länder und vor allem auch die Kommunen
11 in die Lage versetzt, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen.
12 Eine Landtagsfraktion der LINKEN wird auf eine andere Steuerpolitik im Bundesrat drängen.
13 Die Einnahmen aus der Vermögensteuer stehen in vollem Umfang den Ländern zu.

14

15 Einen Abbau der öffentlichen Schulden durch Kürzung der Leistungen für Menschen mit
16 geringem Einkommen und der Mittel für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
17 lehnt DIE LINKE ab. Einer weiteren Neuverschuldung werden wir nur dann zustimmen, wenn
18 die aufgenommenen Kredite wirksam zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z.B. für ein
19 Zukunftsinvestitionsprogramm, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und die
20 Förderung arbeitsplatzschaffender, umweltfreundlicher und zukunftsfähiger Investitionen
21 verwendet werden.

22

23 Bayern hat die bundesweit geringste Zahl an Betriebsprüfungen. Ein Tatbestand, den die
24 bayerische Staatsregierung offenbar für einen positiven Standortfaktor im globalen
25 Wettbewerb hält. Durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der
26 Finanzbehörden könnten Steuerhinterziehungen effektiver aufgedeckt und verfolgt sowie
27 intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken durchgeführt werden. Jede
28 zusätzliche Betriebsprüferin oder jeder zusätzliche Betriebsprüfer bringt ca. 1 Million Euro
29 zusätzliche Steuereinnahmen.

30

31

32. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

33

34 Die Zahlen des wirtschaftlichen Wachstums erscheinen auf den ersten Blick beeindruckend:
35 Bayern hatte in den vergangenen zehn Jahren ein durchschnittliches jährliches
36 Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent, eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit und
37 eine Exportquote von annähernd 47 Prozent. Ein scheinbar reiches Land.

38

39 In krassem Gegensatz dazu steht die Tatsache, dass in Bayern die Armut gleichzeitig
40 zugenommen hat. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt zu: Auf der einen Seite stehen die
41 Erwerbstätigen und ihre Familien, die Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentner, die sozial
42 Schwachen. Bei ihnen kommt wenig bis überhaupt nichts von diesem Wachstum an. Das
43 fließt in die Taschen der Unternehmen, der Eliten, der Vermögenden, der Aktionäre auf der
44 anderen Seite.

45

46 Bei der Kinderarmut wird die gesellschaftliche Kluft besonders augenfällig. Mit Hartz IV hat
47 sie ein Rekordniveau erreicht. In Bayern leben nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit
48 (Dezember 2007) nahezu 170 000 Menschen unter 18 Jahren auf Sozialhilfeniveau, davon
49 130 000 Kinder. In Städten wie Hof, Schweinfurt, Nürnberg und Coburg werden Quoten von
50 nahezu 20 Prozent Kinderarmut registriert. Die Staatsregierung missachtet die bayerische
51 Verfassung, nach der „Kinder das köstlichste Gut eines Volkes sind“, und den
52 Verfassungsauftrag, Kinder „gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und
53 gegen Misshandlung zu schützen“.

54

55 Die Spaltung in Arm und Reich drückt sich auch regional aus. Während München-Ingolstadt,
56 der Großraum Regensburg und die Region Nürnberg sich zu dynamischen bzw. moderaten

1Wachstumsregionen entwickelt haben, sind Regionen wie der Nordosten Bayerns und der
2Bayerische Wald völlig abgehängt.

3

4Hinzu kommen Risiken, die durch die Finanzmarktkrise offenkundig wurden. Nachdem der
5Finanzminister und CSU-Vorsitzende Huber diese Risiken für die Bayerische Landesbank
6zunächst schlicht geleugnet hat, musste er schrittweise eingestehen, dass die Verluste bei
7tlichen Milliarden Euro liegen. Den Schaden für dieses Debakel tragen die Menschen in
8Bayern.

9

10Die Gefahr, dass diese Krise auf die Realwirtschaft durchschlägt, ist groß. Schon jetzt
11können die Wechselkurseffekte, besonders die Verteuerung des Euro im Vergleich zum
12Dollar, eine exportorientierte Wirtschaft wie die bayerische empfindlich beeinträchtigen.

13

14Im neoliberalen Geist unterwirft die Staatsregierung jedes Politikfeld – wie Bildung, Kultur,
15Verkehr, Energie, Forschung, Gesundheit, Entwicklung des ländlichen Raumes, der
16Regionen und der Städte – dem Dogma der Standortstärkung im globalen Wettbewerb.

17

18Die Sozialpolitik wird als abhängige Variable der Wirtschaftspolitik verstanden. Diese Haltung
19ist mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes und mit der Bayerischen Verfassung nicht
20zu vereinbaren. Sozialleistungen dürfen nicht wie Brotkrumen vom Tisch der Reichen fallen
21und sind keine gnädigen Almosen.

22

23**Soziale Sicherheit ist Menschenrecht**

24

25DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Freiheit und
26sozialer Sicherheit ermöglicht. Ohne existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, ohne freien Zugang
27zu Bildung und Kultur, ohne soziale Sicherungen und Gesundheitsleistungen fühlen sich
28Menschen nicht nur ausgeschlossen und erniedrigt, sie sind es auch!

29

30Über 348 000 Menschen waren in Bayern im Januar 2008 offiziell als erwerbslos gemeldet.
31Hinzu kommen zig Tausende Arbeitslose, die in der Statistik nicht enthalten sind, z.B. Ein-
32Euro-Jobber, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen, Betroffene
33der 58er-Regelung und so genannte „Nichtleistungsbezieher“. 400 000 Rentnerinnen und
34Rentner in Bayern sind arm; sie müssen mit weniger als 880 Euro pro Monat auskommen.

36Fast eine Viertelmillion Menschen müssen von Hartz IV leben. Ihre Nöte scheinen bewusst in
37Kauf genommen zu werden. Statt eine wirksame Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, sieht sich
38die Staatsregierung durch den Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen sogar in ihrer
39Wirtschaftspolitik bestätigt.

40

41Eine volkswirtschaftliche Fehleinschätzung mit fatalen Folgen, denn die bisherigen
42Sozialsysteme sind durch Sozialabbau, Privatisierung, Massenarbeitslosigkeit, unsichere
43Beschäftigung, stagnierende und sinkende Einkommen in die Krise geraten und können die
44Lasten nicht mehr tragen. DIE LINKE setzt sich darum für eine Erneuerung des Sozialstaats
45ein. Sie verteidigt gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden die berechtigten
46Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Existenz sichernde Arbeit, gute
47Gesundheitsversorgung, Sicherheit im Alter und eine vernünftige Absicherung bei
48Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit.

49

50**Sinnvolle Arbeit für alle organisieren**

51

52DIE LINKE in Bayern steht für eine Politik, in der die Interessen der breiten Schichten der
53Bevölkerung Vorrang haben vor Profitinteressen. Längerfristige soziale, ökologische und
54volkswirtschaftliche Erfordernisse müssen gegen die soziale Blindheit des Marktes erstritten

1 werden. DIE LINKE setzt dieser Entwicklung eine wirksame Arbeitsmarktpolitik entgegen, die
2 die folgenden Anforderungen erfüllt:

3

- 4 • Eine materielle Absicherung, die vor Armut bei Arbeitslosigkeit schützt.
- 5 • Die aktive Unterstützung Arbeitsloser anstatt Repressionen.
- 6 • Die Sicherung eines vollwertigen Einkommens statt Prekarisierung von Arbeit.
- 7 • Die Schaffung von Perspektiven und gesellschaftlich nützlichen Aufgaben.
- 8 • Den Ausbau von Qualifizierungsangeboten und eine Qualifizierungsoffensive statt
9 Rückgang von Weiterbildungsmaßnahmen.
- 10 • Ein am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtetes Ausbildungsangebot.

11

12 DIE LINKE fordert eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft und will sie sozialen
13 Maßstäben unterordnen. Wir treten ebenso wie die Gewerkschaften dafür ein, die Allmacht
14 des Kapitals über wirtschaftliche Entscheidungen zu brechen, die abhängig Beschäftigten
15 besser zu schützen und auf allen wirtschaftlichen Ebenen Mitbestimmungsrechte zu
16 verwirklichen. DIE LINKE setzt sich überall in Bayern konsequent für die Stärkung der
17 Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ein und steht in den aktuellen Kämpfen gegen
18 Arbeitsplatzabbau und Betriebsverlagerungen solidarisch an der Seite der Beschäftigten.

19

20 DIE LINKE will:

21

- 22 • den Erhalt und die Ausweitung von Flächentarifverträgen.
- 23 • den Erhalt und eine Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende
24 Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen.
- 25 • die paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen.
- 26 • Löhne, von denen die Arbeitenden vernünftig leben können. Auch deshalb ist ein
27 gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro unverzichtbar.

28

29 Die Regierungspolitik in Bayern geht in die andere Richtung.

30 Die Förderung von sozial und ökologisch verträglichen Zukunftstechnologien bleibt hinter
31 den Möglichkeiten zurück. Für Existenzgründer und den Mittelstand gibt es keine
32 überzeugenden Konzepte der Staatsregierung, viele Firmengründungen enden deshalb in
33 der Insolvenz. Der Niedriglohnsektor und der Bereich sozialversicherungsfreier
34 Beschäftigung werden ausgeweitet.

35

36 Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten wird demnächst erneut zur Diskussion stehen.

37 Die Staatsregierung nimmt dabei keine Rücksicht auf die im Handel und im

38 Dienstleistungsbereich Beschäftigten.

39

40 Diese neoliberale Politik der Staatsregierung hat das Klima in Betrieben und Verwaltungen
41 verschlechtert, zu Konkurrenzverhalten und Einschüchterungen geführt. Die Positionen von
42 Betriebs- und Personalräten wurden geschwächt. Die CSU-Regierung lässt zu, dass Wahlen
43 von Betriebsräten von Unternehmensleitungen behindert werden. Sie hat die Arbeitszeit von
44 Beamten erhöht und Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut.

45

46 DIE LINKE fordert:

47

- 48 • Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, um öffentliche und soziale
49 Dienstleistungen zu verbessern, öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse und
50 neue Arbeitsplätze mit umweltfreundlichen und zukunftsfähigen Investitionen zu
51 schaffen.
- 52 • Den Ausbau der Infrastruktur in Bayern.

- 1 • Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit diese im „Dritten Sektor“,
2 in dem Verbände, Vereine und Genossenschaften soziale, kulturelle und ökologische
3 Aufgaben erfüllen, investieren und Beschäftigung fördern können.
- 4 • Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst. Vor allem im Bildungs- und Sozialbereich
5 dürfen keine weiteren Arbeitsplätze abgebaut werden.
- 6 • Die Rücknahme von Entgeltkürzungen sowie der Streichung von Urlaubs- und
7 Weihnachtsgeld und der Arbeitszeitverlängerung für Angestellte und Beamte des
8 Landes.
- 9 • Öffentliche Aufträge nur solchen Unternehmen zu erteilen, die nach Tarif bezahlen,
10 ausbilden, Frauen fördern, das Betriebsverfassungsgesetz und ökologische
11 Standards einhalten.
- 12 • Zusätzliche Arbeitsplätze durch Verkürzung der Arbeitszeit zu schaffen.
- 13 • Teilzeitarbeit in einem Volumen, das eine eigenständige soziale Sicherung
14 ermöglicht. Jede Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein.
- 15 • Unter dem Stichwort „Gute Arbeit“ in Bayern eine Initiative zu starten, die besonders
16 in Zukunftsbranchen in Zusammenarbeit mit Betriebs- und Personalräten und mit den
17 Gewerkschaften Projekte unterstützt, die optimale Arbeitsbedingungen schaffen.
- 18 • Die Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf mittelständische Betriebe
19 und Existenzgründer, die tariflichen Standards anwenden und die Förderung zur
20 Sicherung bestehender bzw. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden.
- 21 • Die Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen und
22 Forschungseinrichtungen zu fördern.
- 23 • Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen und ins Ausland verlegen oder aus
24 steuerlichen Gründen den Firmensitz ins Ausland verlagern, aus den
25 Förderprogrammen des Landes auszuschließen.
- 26 • Ein generelles Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen und eine
27 Abgabe in Höhe der entstehenden sozialen Folgekosten bei Verlagerung von
28 Betriebsteilen ins Ausland.
- 29 • In den Regionen sowie im Land Wirtschafts- und Sozialräte – in denen
30 Gewerkschaften und Unternehmerverbände sowie Sozial-, Umwelt- und
31 Verbraucherverbände vertreten sind – mit Informations-, Initiativ-, Beratungs- und
32 Entscheidungsrechten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bilden.
- 33 • Ein verbessertes Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe zu
34 erarbeiten, das zusätzliche Arbeitsplätze schafft.
- 35 • Die Gewerbeaufsicht nach jahrelangem Personalabbau wieder personell zu stärken,
36 um den zunehmenden Arbeitsschutzverstößen entgegenzuwirken.
- 37 • Der ausufernden Sonn- und Feiertagsarbeit durch Aufsichtsbehörden und -gremien
38 Einhaltung zu bieten.
- 39 • Die Ausweitung der beschäftigten- und familienfeindlichen Ladenöffnungszeiten an
40 Wochenenden und in den Abendstunden zu verhindern.
- 41 • Die strikte Begrenzung und Befristung der Leiharbeit. Für Leiharbeiterinnen und
42 -nehmer vom ersten Tag der Beschäftigung an gleiche Löhne für gleiche Arbeit sowie
43 gleiche Arbeitsbedingungen. Ein generelles Verbot der Leiharbeit in Betrieben der
44 öffentlichen Hand.

45
46 Im Landtag wird DIE LINKE Bundesratsinitiativen Bayerns zur Abschaffung der Hartz IV-
47 Regelungen, für einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, eine aktive
48 Arbeitsmarktpolitik, mehr Mitbestimmung und die Stärkung der Positionen der
49 Gewerkschaften fordern.

50

51

52 **Die Wirtschaft muss den Menschen dienen**

53

1 Bayern ist längst nicht mehr ein Hort ungebremsster wirtschaftlicher Entwicklung. Ganze
2 Regionen und Branchen stehen wirtschafts- und sozialpolitisch am Abgrund.
3 Bayern braucht eine Wirtschafts-, Struktur - und Regionalpolitik, die der Entwicklung aller
4 Regionen zu Gute kommt.

5

6 Vor allem Nordostbayern wird von einer zukunftsfähigen Entwicklung immer weiter
7 abgehängt. Die Auswirkungen auf das Leben der dort lebenden Menschen sind
8 erschreckend. Wer in Bayerns Nordosten lebt, stirbt um Jahre früher, die oberfränkischen
9 Frauen beziehen eine Durchschnittsrente von deutlich weniger als 500 Euro, in Hof lebt mehr
10 als ein Fünftel der Bewohner von Transferleistungen, der Landkreis Wunsiedel verliert
11 alljährlich 1 000 Einwohner.

12

13 Die Staatsregierung erweist sich in Bayern als unfähig, die von der Verfassung geforderten
14 gleichen Lebensverhältnisse herzustellen. Neben ihren wirtschafts- und strukturpolitischen
15 „Leuchttürmen“ versinken ganze Regionen in Armut. Die CSU hat kein Konzept gegen die
16 wirtschaftliche Gefährdung von Branchen und Regionen. Sie redet noch immer von
17 modernen Branchen, während diese – z. B die Luftfahrtindustrie – in der Krise stecken. Die
18 Staatsregierung beschränkt sich auf das Schönreden der Situation und auf die Förderung
19 weniger, teilweise kontraproduktiver Großprojekte.

20 Notwendig sind neue strukturpolitische Instrumente wie eine regionalisierte, aktive
21 Arbeitsmarktpolitik, regionale Wagniskapitalfonds sowie neue Modelle der stufenweisen
22 Projektförderung.

23

24 Die spezifische Situation der altindustrialisierten Branchen und Regionen muss aufgegriffen
25 werden, Branchen- und Zukunftskonzepte müssen entwickelt werden. Dabei gilt es, die dort
26 vorhandenen Kapazitäten und das vorhandene Know how, aber auch den gesellschaftlichen
27 Bedarf im Allgemeinen wie den regionalen Bedarf im Besonderen für die Weiterentwicklung
28 zu nutzen.

29

30 Die industriellen Kerne müssen gesichert und ausgebaut werden. Wer den Menschen
31 einreden will, allein in der so genannten Wissensgesellschaft läge die Zukunft, täuscht sie.
32 Wir werden auch morgen noch Produktion benötigen, Wir werden Waschmaschinen
33 brauchen, Fahrzeuge, Möbel etc.

34

35 Wir wollen die Zukunft sozial und ökologisch gestalten. Deshalb müssen leistungsfähige und
36 zukunftsfähige Industriestrukturen gefördert werden. Wir wollen die Industriestandorte
37 ökologisch und sozial um-, nicht abbauen! Hier müssen Unternehmen, Gewerkschaften,
38 Betroffene, Regionsvertreter und Kommunen, Arbeitsverwaltung und Hochschulen,
39 Forschungsinstitute und sonstige Bildungsträger zusammenarbeiten. Das innovative
40 Potenzial von Existenzgründern und investitionsbereiten Klein- und Mittelbetrieben muss
41 gesichert und ausgebaut werden. Dafür bedarf es zielgerichteter Beratung und Förderung.
42 Wir wollen in Bildung und die Qualifikationen der Menschen investieren. Dazu muss das
43 Bildungsangebot insbesondere in den strukturschwachen Regionen gezielt entwickelt
44 werden. Dies gilt für Vorschulen und Schulen, berufliche Bildung und Hochschulen. Gerade
45 in Bereichen struktureller wirtschaftlicher Umbrüche haben Qualifizierung und
46 Weiterqualifizierung eine wichtige Bedeutung. Sie müssen zu einer vollwertigen vierten
47 Säule unseres Bildungssystems ausgebaut werden.

48

49 DIE LINKE vertritt folgende Positionen:

50

- 51 • Nötig ist eine Regionalpolitik "aus einem Guss": Regionale Wirtschafts- und
52 Arbeitsmarktprobleme nehmen immer stärker zu. Sie können nicht allein mit
53 unterschiedlichen oder gar konkurrierenden Instrumenten und Fördertöpfen von EU,
54 Bundes-, Landes-, und Regionalebene gelöst werden.

- 1 • Die betroffenen Regionen brauchen reale und unmittelbare Mitsprache- und
2 Gestaltungsmöglichkeiten bei Zielen, Instrumenten und der Verwendung finanzieller
3 Mittel.
4 • Regionale Entscheidungsgremien müssen mehr Aufgaben und Befugnisse haben,
5 damit sie weitgehend in eigener Verantwortung Probleme lösen und Zukunft
6 gestalten können.
7 • Arbeit, Soziales und Ökologie müssen entscheidende Parameter für die regionale
8 Entwicklung werden. Dazu gehört auch, dass in ganz Bayern Wirtschafts-, Sozial-
9 und Umwelträte als regionale Institutionen eingerichtet und legitimiert werden. In
10 ihnen sind die entsprechenden Verbände und Organisationen vertreten, und sie sind
11 zwingend an der Erarbeitung und der Beschlussfassung zu beteiligen.
12 • Die Regionen sollen Finanzmittel erhalten, die sie im gesetzlichen Rahmen in eigener
13 Verantwortung für einen regionalen Entwicklungs- und Innovationsplan einsetzen
14 können. Darüber sollen demokratisch legitimierte Regionalkonferenzen mit möglichst
15 breiter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern aus Arbeit und Wirtschaft,
16 Kommunen und Wissenschaft sowie Verbänden, Sozial- und Umweltorganisationen
17 mitentscheiden können.
18 • Notwendig sind Liquiditätshilfen und erhöhte Landesbürgschaften für konjunkturell
19 gefährdete Betriebe, die mittel- und langfristige Marktperspektiven haben. Dafür
20 braucht es einen stark erhöhten Bürgschaftsrahmen, eine aktive Förderung von
21 Zusammenarbeit und Partnerschaften, öffentliche Förderung im vorwettbewerblichen
22 Bereich und eine differenzierte, branchenbezogene Innovationsförderung.
23 • Die gemeinschaftliche Forschung und Entwicklung des Technologietransfers und der
24 anwendungsorientierten Forschung muss verstärkt werden.
25 • Wir brauchen endlich eine Reform der kommunalen Finanzen. Nur durch einen
26 neuen kommunalen Finanzausgleich kann die Handlungsmöglichkeit für die
27 Kommunen wiederhergestellt werden.

28
29 Die Menschen in den betroffenen Regionen brauchen unmittelbare Hilfe.

30
31 Dafür fordert DIE LINKE:

- 32
33 • Die Auflage betrieblicher und regional sinnvoller Beschäftigungspläne.
34 • Die Gründung von Strukturentwicklungsgesellschaften zur Rettung von Betrieben
35 oder Betriebsteilen, die von Stilllegung bedroht sind.
36 • Öffentliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen zur Schaffung zusätzlicher
37 Dauerarbeitsplätze in überschaubaren, selbstständigen Betrieben.
38 • Ausbildungseinrichtungen für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden.
39 • Beschäftigungsinitiativen für Jugendliche, die nicht übernommen werden.
40 • Den Aufbau lokaler Entwicklungszentren, in denen z.B. Langzeitarbeitslosen,
41 Leistungsgeminderten und besonders Hilfsbedürftigen durch Erwerb, Erhalt und
42 Erweiterung allgemein bildender und beruflicher Qualifikationen neue Chancen auf
43 dem Arbeitsmarkt eröffnet werden.
44

45 **Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren, sondern ausbauen**

46 Öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Betreuung, Kultur, Mobilität, Wasser,
47 Gas und Strom – ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit. Deshalb verteidigt DIE
48 LINKE die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den
49 Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des öffentlichen Eigentums an Wohnungen und
50 Versorgungsunternehmen verhindern.

51

1 Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche
2 gibt, für die der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente
3 Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert
4 die Politikverdrossenheit. Werden Schlüsselbereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit,
5 Wirtschaftsförderung öffentlich-rechtlich und damit unter dem Einfluss der gesamten
6 Gesellschaft betrieben, lohnt sich das Engagement: Die Bevölkerung bzw. die Vertreter
7 gesellschaftlicher Gruppen können Ziele und Methoden der Einrichtungen mitentscheiden.

8

9 Bayern ist bundesweit bei der Privatisierung Spitze. Die Staatsregierung rühmt sich, ihre
10 Wirtschafts- und strukturpolitischen Programme durch den Ausverkauf öffentlichen
11 Eigentums mit den so genannten „Privatisierungserlösen“ zu finanzieren. Bayern hat nicht
12 nur umfangreiche Beteiligungen verkauft (Bayernwerk AG, Bayerische
13 Versicherungskammer und andere), sondern auch den Verkauf von öffentlichen
14 Krankenhäusern der Bezirke, Kreise und Kommunen betrieben.

15

16 Bei Verkäufen öffentlicher Gesundheitseinrichtungen sind die Folgen absehbar: Die sozialen
17 Standards der jetzt noch durch das Tarifgefüge des öffentlichen Dienstes regulierten
18 Arbeitsverhältnisse sinken nach Ablauf einer gewissen Schamfrist. Alle wirtschaftlichen
19 Entscheidungen in solchen Einrichtungen folgen in erster Linie Renditekriterien und weniger
20 medizinischen Notwendigkeiten. Die neuen Eigentümer werden den Kaufpreis durch die
21 Verringerung der Personalkosten, durch Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung,
22 Personaleinsparungen und Outsourcing wieder hereinholen.

23

24 Auch eine spezielle Form der Privatisierung, die „Public-Private-Partnership“ (PPP), wird
25 durch die bayerische Staatsregierung massiv gefördert. Nach diesem Modell werden im
26 Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge entweder gemischte Eigentumsformen geschaffen
27 oder öffentliche Aufgaben durch private Investoren mit klaren Renditeerwartungen finanziert.
28 Beide Varianten gefährden Arbeitsplätze, verschlechtern Arbeits- und Sozialbedingungen der
29 Beschäftigten und verringern Qualitätsstandards. Vor allem aber kommen PPP-Projekte die
30 Kommunen wesentlich teurer zu stehen, als würden sie diese Aufgaben selbst erledigen.
31 Risiken werden auf die Steuerzahler abgewälzt, während sich die privaten Beteiligten
32 langfristig sichere Renditen zuschanzen. Die demokratische Kontrolle bei PPP-Projekten
33 fehlt durch Geheimhaltung der Verträge und den in der Regel geforderten Einredeverzicht
34 völlig.

35

36 Im Bereich der Inneren Sicherheit droht eine schleichende Privatisierung, wenn hoheitliche
37 Aufgaben abgegeben werden und private Wachdienste Fußgängerzonen, Bahnen und
38 öffentliche Gebäude überwachen. Die Privatisierung des Strafvollzuges nach US-Vorbild
39 wäre nach der Logik ihrer Betreiber der nächste Schritt.

40

41 DIE LINKE will öffentliche Unternehmen ausweiten und bereits privatisierte wieder in
42 öffentliches Eigentum zurückführen.

43

44 Im kulturellen, ökologischen und sozialen Bereich gibt es Wohlfahrtsverbände,
45 gemeinnützige Organisationen und Vereine, die häufig mit wenig Mitteln und zusätzlicher
46 ehrenamtlicher Arbeit gesellschaftlich sinnvolle Arbeit leisten. Sie sind zu schützen.

47 DIE LINKE will, dass durch aktive Beschäftigungspolitik, durch die Vergabe von
48 zinsgünstigen Krediten, durch Unterstützung für Selbsthilfegenossenschaften und einen
49 öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in diesen Bereichen Arbeitsplätze mit
50 Tariflöhnen geschaffen werden. Ein-Euro-Jobs lehnt DIE LINKE ab.

51

52 Darüber hinaus will DIE LINKE Bestrebungen zur Übernahme von
53 Grundversorgungseinrichtungen (z. B. für Energie, Wohnungen und Wasser) in
54 gemeinsames genossenschaftliches Eigentum fördern. Gegen Privatisierungen und gegen
55 bestehende privatkapitalistische Organisationsformen sind Genossenschaften die bessere
56 Lösung. DIE LINKE fordert den Ausbau eines umfassenden Qualifizierungs- und

1 Beratungsangebots für die Gründung und Stabilisierung von Genossenschaften der
2 Daseinsvorsorge.

3

4 DIE LINKE steht für folgende landespolitischen Ziele:

5

- 6 • Mit den Stimmen der LINKEN wird es keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in
7 Bayern geben.
- 8 • Wir werden uns jeder Verschlechterung des Sparkassengesetzes oder anderer
9 Gesetze, die bislang öffentliches Eigentum vor dem Zugriff privater Erwerber
10 bewahren, entgegenstellen.
- 11 • „Public-Private-Partnership“ (PPP) als demokratisch nicht kontrollierbares und stark
12 überteuertes Modell zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge
13 lehnen wir ab. Alle bislang abgeschlossenen Verträge sind offen zu legen, Wir wollen
14 die Rückführung bereits erfolgter Ausgliederungen und den Ausstieg aus PPP-
15 Projekten.
- 16 • Die Bildungseinrichtungen Bayerns müssen für Privatisierer tabu sein. Wir wollen
17 weder Fastfood in den Schulen noch Turnhallen mit Werbung für Markenturnschuhe
18 noch Vorlesungssäle mit Werbung für Banken. Unsere Bildungseinrichtungen sollen
19 aus dem demokratisch bestimmten Landeshaushalt mit dem ausgestattet werden,
20 was sie brauchen.
- 21 • Die Sicherheit der Städte und Dörfer des Landes ist eine öffentliche Aufgabe.
22 Sicherheit ist Sache der Polizei, sie gehört nicht in private Hände.

23

24

25 **Gesundheit ist keine Ware – umfassende Gesundheitsversorgung für alle**

26

27 Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe, die in einer zivilisierten Gesellschaft solidarisch
28 bewältigt werden muss. Sie darf nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängig sein.
29 Einkommensschwache Menschen haben schon heute erhöhte Gesundheitsrisiken und
30 infolgedessen eine verkürzte Lebenserwartung. Die voranschreitende Herausbildung einer
31 Zwei-Klassen-Medizin ist nicht hinnehmbar.

32

33 Mehrere so genannte Gesundheitsreformen haben zu einer prekären Finanzsituation in
34 Kliniken und Krankenhäusern der öffentlichen Hand geführt. Seit der Einführung von
35 Fallpauschalen im Abrechnungssystem können Krankenhäuser ihren Investitionsbedarf und
36 die ständig steigenden Kosten für Energie und medizinischen Bedarf nicht mehr decken. Die
37 bayerische Landesregierung hat diese Entwicklung durch Kürzungen des Budgets für
38 Krankenhausinvestitionen weiter verschärft. Für die Patientinnen und Patienten hat dies eine
39 schlechtere Versorgung zur Folge, für die Beschäftigten einen steigenden
40 Rationalisierungsdruck mit beständig erhöhten Arbeitsanforderungen bei mangelhafter
41 Lohnentwicklung.

42

43 Kliniken und Krankenhäuser werden zunehmend privatisiert oder geschlossen. Die
44 Überführung der Einrichtungen in privatwirtschaftliche Gesellschaftsformen beschneidet die
45 Möglichkeiten demokratischer Kontrolle und ist häufig ein erster Schritt auf dem Weg zur
46 Privatisierung.

47

48 Die Konzentration von haus- und fachärztlichen Leistungen in medizinischen
49 Versorgungszentren (MVZ) darf nicht zum Einfallstor für anonyme Kapitalgesellschaften
50 werden, deren Ziel eine möglichst hohe Rendite ist. Eine solche Entwicklung verstärkt die
51 Gefahr einer nicht mehr flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

52

53 Die aktuelle Bezuschussung von Modernisierungsmaßnahmen durch das Land Bayern ist zu
54 begrüßen, beseitigt aber nicht die strukturellen Probleme auf der Einnahmenseite der

1 Kliniken und Krankenhäuser und bleibt letztlich nur der sprichwörtliche Tropfen auf dem
2 heißen Stein.

3

4 Besonders kritisch sind die Bestrebungen zur Privatisierung der forensischen und
5 allgemeinen Psychiatrie zu sehen. Es geht hier um hoheitliche Aufgaben, die nach
6 Auffassung der LINKEN keinesfalls privaten Profitinteressen überantwortet werden dürfen.

7 Die flächendeckende Einführung einer Gesundheitskarte führt zu gläsernen Patienten und
8 bewirkt eine Kostenexplosion ohne einen entsprechenden medizinischen Nutzen.

9

10 DIE LINKE fordert:

11

12 • Die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen stoppen bzw. schnellstmöglich
13 rückgängig machen!

14 • Keine Mehrklassenmedizin - gute Gesundheitsversorgung für alle!

15 • Ein flächendeckendes, leistungsfähiges Gesundheitswesen auch in ländlichen
16 Regionen!

17 • Abschaffung von Zuzahlungen, bis zur Umsetzung Gewährung von Vorschüssen
18 durch die Sozialämter an hilfebedürftige Menschen zur Finanzierung von Brillen,
19 Zahnersatz, medizinischen Hilfsmitteln, Medikamentenzuzahlungen sowie der
20 Praxisgebühr!

21 • Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln!

22

23

24

25 **Mehr soziale Hilfen schaffen**

26

27 Der soziale Wohnungsbau muss wieder stärker gefördert werden. Der Mangel an
28 bezahlbaren Wohnungen ist zu beseitigen. Damit soll auch auf den übrigen Wohnungsmarkt,
29 Einfluss genommen werden. Normalverdienende, Familien und Wohngemeinschaften
30 können Mietpreise, z. B. in München und Umgebung, kaum noch finanzieren

31

32 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass – nach dem Vorbild einiger bayerischer Städte –
33 landesweit ein Sozialpass Bayern eingeführt wird. Damit sollen Menschen mit geringem
34 Einkommen die Möglichkeit erhalten, den öffentlichen Personenverkehr, kulturelle oder
35 sportliche Angebote wahrzunehmen. Viele Kinder und Jugendliche sind wegen fehlender
36 finanzieller Mittel von Musik-, Kunst- und Freizeitaktivitäten ebenso ausgeschlossen wie von
37 der aktiven sportlichen Betätigung in Vereinen.

38

39 Immer mehr private Haushalte in Bayern sind verschuldet. Der Anteil der Haushalte mit
40 Kreditverpflichtungen ist rapide gestiegen. Besonders die Überschuldung von Familien mit
41 Kindern hat stark zugenommen. Angesichts dessen spielt die qualifizierte Schuldnerberatung
42 eine zentrale Rolle. Es ist dringend erforderlich, landesweit Schuldner- und
43 Verbraucherberatungsstellen zu fördern und Beratungsangebote auszubauen.

44

45

46 **Menschen mit Behinderungen integrieren**

47

48 Der Ausgleich von Schwierigkeiten aufgrund von Behinderungen bei der umfassenden
49 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eine öffentliche Aufgabe und keine Privatsache. Wir
50 unterstützen die Forderung der Behindertenverbände und -vertretungen nach mehr
51 Eigenverantwortlichkeit und stärkerer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der
52 Betroffenen. Das geplante Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit

1 Behinderung muss emanzipatorisch sein, die Menschenwürde stärken und auf Solidarität
2 und Selbstbestimmung der Betroffenen setzen.

3

4 DIE LINKE fordert:

5

6 • Es muss ein eigenes Leistungsgesetz für die Teilhabe behinderter Menschen, in dem
7 die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen einkommens- und
8 vermögensunabhängig geregelt ist, verabschiedet werden.

9 • Barrieren müssen beseitigt und behinderungsbedingte Nachteile ausgeglichen
10 werden.

11 • Alle Neu-, Um- oder Anbauten im öffentlichen Bereich Bayerns müssen
12 behindertengerecht und barrierefrei sein.

13 • Per Landesgesetz ist jede Kommune zu verpflichten, Behindertenbeiräte zu bilden,
14 mindestens aber Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zu ernennen.

15

16

17 **Menschenwürdiges Leben auch im Alter**

18

19 DIE LINKE in Bayern fordert ein Landesseniorengesetz. Damit soll das Älterwerden in
20 Würde gewährleistet und die aktive Beteiligung der Seniorinnen und Senioren am sozialen,
21 kulturellen und politischen Leben gefördert werden. Ihre Erfahrungen sind zu nutzen und die
22 Beziehungen der Generationen zu verbessern.

23

24 **Altersarmut vermeiden**

25

26 Die Rentenkürzungen und Nullrunden der vergangenen Jahre, die Mehrbelastungen im
27 Gesundheitsbereich sowie die Kürzungen sozialer Leistungen und – nicht zuletzt – die
28 Mehrwertsteuererhöhung haben das Leben für Rentnerinnen und Rentner erheblich
29 schwerer gemacht. Schon heute erlebt eine zunehmende Zahl von ihnen – insbesondere
30 Frauen – Armut im Alter. Die inzwischen bekannt gewordenen Zahlen für zukünftige
31 Rentnerinnen und Rentner sind geradezu alarmierend. In Bayern sind die gesetzlichen
32 Renten besonders niedrig. Die Durchschnittrente beläuft sich auf 647 Euro. Damit steht der
33 Freistaat Bayern im Ländervergleich an vorletzter Stelle. Hier muss umgesteuert werden!

34

35 Die Rentenformel muss so geändert werden, dass die gesetzliche Rente wieder der
36 Lebensstandardsicherung dient. Mit all den Dämpfungs-, Nachhaltigkeits- und Riester-
37 Faktoren der maßgeblich von der SPD getragenen Rentenkürzungsreformen kann das nicht
38 gelingen. Sie gehören deshalb abgeschafft, die Rente ab 67 muss sofort gestoppt werden.

39

40 Der Versichertenkreis der Gesetzlichen Rentenversicherung muss auf alle Erwerbstätigen
41 ausgeweitet werden, durch einen erleichterten Zugang zu Erwerbsminderungsrenten und
42 den Verzicht auf Abschläge auf die zunehmenden Belastungen am Arbeitsplatz reagiert
43 werden. Zudem wollen wir ein angemessenes Versorgungsniveau bei Erwerbsunfähigkeit,
44 für Langzeitarbeitslose und für Bezieher niedriger Einkommen sicherstellen. Die erweiterten
45 Beitragseinnahmen der Erwerbstätigenversicherung und die Bundeszuschüsse müssen um
46 weitere Steuermittel zur Verhinderung von Armutsrenten ergänzt werden.

47

48 Wir werden die bayerische Staatsregierung drängen, eine entsprechende Gesetzesinitiative
49 im Bundesrat einzubringen.

50

51 DIE LINKE fordert:

52

53 • Die Wiederankopplung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung;

- 1 • Die Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente.
2 • Höhere Beitragsleistungen für Langzeitarbeitslose.
3 • Die Aufwertung niedriger Rentenversicherungsbeiträge aus Steuermitteln (Rente
4 nach Mindesteinkommen).
5 • Die Anhebung der Grundsicherung im Alter.

6
7
8
9

10 **Selbstbestimmtes Leben im Alter**

11
12 Viele Rentnerinnen und Rentner wollen auch im Alter ihr Leben selbstständig gestalten, in
13 ihrer gewohnten Umgebung bleiben, ohne zu vereinsamen. Einschlägige Skandale der
14 vergangenen Jahre haben die Angst verstärkt, in einem Pflegeheim leben zu müssen.

15
16 Es sind Wohnformen zu fördern, die ein Leben auch im Alter in den „eigenen vier Wänden“
17 und die Unterstützung in den alltäglichen Dingen ermöglichen sowie der Vereinsamung
18 vorbeugen. Förderprogramme sollen den Bau von Mehrgenerationenhäusern sowie die
19 Einrichtung von Senioren-Wohngemeinschaften ermöglichen. Betreute dürfen von ihren
20 Betreuerinnen und Betreuern nicht finanziell ausgenutzt oder ohne Erforderlichkeit in ein
21 Heim abgeschoben werden.

22 Im ländlichen Bereich muss über die Infrastruktur- und Wirtschaftsförderpolitik dafür gesorgt
23 werden, dass besonders eine seniorengerechte Infrastruktur im Dorf besteht.

24 Dazu gehören ausreichende Versorgungsmöglichkeiten zum Einkauf von Waren des
25 täglichen Bedarfs und bei der gesundheitlichen Versorgung. Gleiches gilt auch für den Bau
26 von seniorInnengerechten Gehwegen und Treffpunkten. Dies nur der privaten Initiative zu
27 überlassen, bedeutet deren Überforderung und eine Vernachlässigung einer bedeutenden
28 Bevölkerungsgruppe. Allein in Bayern sind inzwischen über 20 Prozent der Menschen im
29 Seniorenalter.

30

31 **Pflegenotstand verhindern**

32
33 Alten- und Pflegeeinrichtungen sind Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
34 Solange sie unter Profitgesichtspunkten betrieben werden, ist das Mindeste eine
35 ausreichende und wirksame Kontrolle zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner sowie
36 der Beschäftigten. In öffentlicher Hand muss eine ausreichende Zahl von Heimen betrieben
37 werden, die Standards für privat betriebene Heime setzen.

38
39 Nach der Föderalismusreform sind nun die Länder für die Heime zuständig. Deshalb ist auch
40 in Bayern eine Novellierung des Heimgesetzes notwendig. Damit sollen die Selbstständigkeit
41 der Bewohnerinnen und Bewohner, eine humane Pflege und ein effektiver Schutz der
42 Schwachen geschaffen werden

43 DIE LINKE fordert:

44

- 45 • Einen Personalschlüssel, der Bewohnerinnen und Bewohnern ein Leben in Würde
46 ermöglicht. Für 20 pflegebedürftige Menschen müssen mittelfristig zehn Pflegekräfte
47 eingesetzt werden, um eine menschenwürdige Pflege sicherzustellen.
48 • Die Tätigkeit der Pflegekräfte muss angemessen und tariflich entlohnt werden.
49 • Qualifizierung und Weiterbildung müssen kostenfrei garantiert werden.
50 • Die vollständige Kostentransparenz im Pflegebereich muss hergestellt werden.
51 • Langfristig muss das Pflegewesen komplett in gemeinnützige oder staatliche
52 Verantwortung überführt werden.
53 • Die ambulanten Strukturen in der Pflege mit entsprechender finanzieller
54 Unterstützung der betreuenden Familie sind auszubauen. Angebote für eine
55 professionelle Versorgung müssen sichergestellt sein, um die pflegenden

- 1 Angehörigen zu entlasten.
- 2 • Über demokratisch gewählte Heimbeiräte müssen die Bewohnerinnen und
- 3 Bewohner, ihre Angehörigen bzw. Betreuerinnen und Betreuer Einfluss auf sie
- 4 betreffende Entscheidungen nehmen können.
- 5 • Es sind flächendeckend Beschwerdestellen einzurichten und diese durch Land,
- 6 Kommunen und Träger zu finanzieren.
- 7 • Durch unangemeldete Kontrollbesuche in Pflegeheimen sollen Missständen stärker
- 8 vorbeugen werden.
- 9

103. Bildung für alle statt sozialer Auslese!

11 Bildung ist ein Menschenrecht! Jede und jeder hat Anspruch auf gute Bildung, um die
12 Persönlichkeit voll zu entwickeln und beste Chancen für die berufliche und persönliche
13 Verwirklichung zu haben.

14 Für DIE LINKE ist Bildungspolitik darum auch Sozialpolitik. Sie muss allen Menschen den
15 Zugang zu Bildung garantieren und deren Erwerb ermöglichen.

16 Gute öffentliche Bildung kostet erheblich mehr Geld als das Land Bayern und der Bund
17 bereit sind, zur Verfügung zu stellen: Die Bildungsausgaben lagen in Deutschland nach
18 OECD-Angaben im Jahr 2004 bei nur 4,6 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), wogegen
19 der OECD-Durchschnitt bei 5,4 Prozent lag, in Schweden bei 7,4 Prozent und in Dänemark
20 bei 8,4 Prozent. In Bayern liegt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP noch unter dem
21 Bundesdurchschnitt. Er muss zunächst schrittweise auf sieben Prozent erhöht werden und
22 dauerhaft am wachsenden Bedarf der Menschen ausgerichtet sein. Öffentliche Bildung muss
23 steuerfinanziert sein. Erst eine stärkere Belastung der Reichen über Einkommensteuer,
24 Körperschaftsteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer versetzt Länder und Kommunen
25 in die Lage, ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen. DIE LINKE schlägt in
26 diesem Wahlprogramm entsprechende Änderungen vor.

27 Im derzeitigen bayerischen Bildungssystem werden bestehende gesellschaftliche
28 Ungleichheiten durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Auslese und soziale
29 Ausgrenzung nicht abgebaut, sondern verstärkt. Das muss sich, das wollen wir ändern.

30 Etwa 130 000 Kinder leben in Bayern mit ihren Familie in Armut. Davon betroffen sind
31 besonders Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten sowie Familien mit Kindern. An
32 dem vielgliedrigen Schulwesen scheitern insbesondere Schülerinnen und Schüler aus ein-
33 kommenschwachen Haushalten und aus Familien mit Migrationshintergrund. Die
34 verantwortlichen Politikerinnen und Politiker der CSU betreiben durch das Festhalten an der
35 frühzeitigen Auslese der Schülerinnen und Schüler eine Politik, bei der die soziale Herkunft
36 und die Zufälligkeit des Entwicklungsstadiums von Zehnjährigen für die Bildungschancen
37 entscheidend sind.

38 Das achtjährige Gymnasium (G8) geriet zum Debakel: Nicht umsetzbare Lehrpläne, die
39 zunehmende Notwendigkeit von Nachhilfen, Familien als private Paukanstalten schon bei
40 Grundschulkindern, überforderte Kommunen durch hohe Umbaumaßnahmen, genervte
41 Eltern, frustrierte Lehrer, erschöpfte Schülerinnen und Schüler sind die Ergebnisse.

42 Bayerns Demokratie ist davon abhängig, dass Grundwerte eines demokratischen Bildungs-
43 wesens – wie freier Zugang zu den Bildungseinrichtungen, Chancengleichheit und
44 demokratische Rechte der Bildungsteilnehmer und -teilnehmerinnen – für alle gelten. Wer als
45 Weg aus der Bildungsmisere die weitere marktorientierte Umwandlung des öffentlichen
46 Bildungswesens preist, handelt undemokratisch. DIE LINKE lehnt darum Gebühren von der
47 Kindertagesstätte bis zur Hochschule ab. Der Ausbau von Privatschulen – insbesondere im

1 Gymnasialbereich und in der beruflichen Bildung – darf nicht zu Lasten des öffentlichen
2 Bildungssystems gehen, private Nachhilfe durch Eltern und Institute nicht die Voraussetzung
3 für den Erfolg in der schulischen Ausbildung sein. Die CSU steht dafür, dass es in Bayern
4 kein Recht auf gesetzlichen Bildungsurlaub gibt und dass Bildung weiter zur Ware verkommt.

5 Deshalb fordert DIE LINKE:

- 6 • Bildungseinrichtungen nicht zu privatisieren – Bildung ist keine Ware. Das Recht auf
7 Bildung als gesellschaftliche Aufgabe anzuerkennen und als Landesaufgabe zu
8 verwirklichen. Die zunehmende Auslagerung des Lernens aus der öffentlichen
9 Verantwortung hin zu privaten Einrichtungen und Maßnahmen zu stoppen.
- 10 • Bildung und Erziehung, die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit der Menschen
11 anzuerkennen, die sie befähigen, ihr persönliches Leben und die beruflichen
12 Herausforderungen zu meistern, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und es
13 aktiv mit zu gestalten.
- 14 • Chancengleichheit im Bildungsbereich herzustellen. Chancengleichheit bedeutet
15 dabei nicht nur die theoretische Zugangsmöglichkeit zu Bildungseinrichtungen, die
16 sich hinter der Floskel „Chancengerechtigkeit“ verbirgt. Hürden und damit die
17 ungleiche Chancenverteilung beginnen im sozialen Bereich, wie zahlreiche Studien
18 beweisen. Dort muss es Veränderungen geben.
- 19 • Die Schaffung notwendiger personeller und materieller Voraussetzungen durch Bund,
20 Länder und Kommunen, damit das Recht auf Bildung und Ausbildung von allen
21 wahrgenommen werden kann. Der Zugang zu und die Nutzung von
22 Bildungseinrichtungen muss gebührenfrei sein. Studiengebühren, Büchergeld und die
23 Privatisierung weiterer Zusatzkosten für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie
24 Studierende lehnen wir ab.
- 25 • Die Trennung von Staat und Kirche auch in den Schulen durchzusetzen. Ethische
26 Normen und die Auseinandersetzung mit Themen wie Würde und Freiheit, Recht auf
27 Leben, die Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft, Gemeinwohlorientierung,
28 demokratischer Teilhabe gehören unverzichtbar in den Schulunterricht. Die heute oft
29 praktizierte Gleichsetzung von Religion und Werteerziehung befördert eine
30 Aufsplitterung und problematische Gruppenbildung in der Schule.
- 31 • Ein bayerisches Bildungsurlaubs- und Weiterbildungsgesetz analog der gesetzlichen
32 Regelungen in anderen Bundesländern auf den Weg zu bringen.
- 33 • Ein einheitliches Dienstrecht und für eine versicherungspflichtige und tarifvertragliche
34 Regelung aller Beschäftigungsverhältnisse ein. Gruppen-/Klassenstärken- und
35 Personalschlüssel sowie Arbeits- bzw. Pflichtstundenmaße so zu gestalten, dass die
36 derzeitigen Überbelastungen abgebaut werden. Die Einführung von Leiharbeit im
37 Bildungswesen, insbesondere bei Lehrkräften, lehnen wir ab.

1 Gemeinschaftsschule – Eine Schule für alle

2 Die bayerische LINKE setzt auf eine zehnjährige gemeinsame Schule für alle. Wir wollen
3 keine frühzeitige Auslese der Kinder. Das Projekt Gemeinschaftsschule beschreibt Wege zu
4 einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder
5 ethnischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der
6 Religionszugehörigkeit und unabhängig von Behinderungen. Diese Schule ist von einer Lehr-
7 und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das
8 Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert kollektives und regt
9 individuelles Lernen an. Sie vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und interkulturelle
10 Kompetenz. Dadurch wird gewährleistet, dass alle Schülerinnen und Schüler einen
11 erfolgreichen Schulabschluss erreichen können.

12 DIE LINKE in Bayern setzt sich für Maßnahmen ein, die das Wiederholen von
13 Jahrgangsstufen unnötig machen. So sind aus Lern- und Sozialproblemen umgehend mit
14 entsprechender Förderung Konsequenzen zu ziehen.

15 Flächen- und bedarfsdeckend sind gebundene Ganztagschulen anzubieten, die nicht
16 lediglich „Verwahrnhalten am Nachmittag“ sind. Sie sind so einzurichten, dass den
17 Schülerinnen und Schülern auch nachmittags Bildungs- und Betreuungsangebote,
18 insbesondere kreatives und experimentelles Lernen, zur Verfügung stehen. Bei der
19 Erledigung der Übungs- und Wiederholungsaufgaben werden die Schülerinnen und Schüler
20 von gut ausgebildeten Lehrkräften unterstützt.

21 Ein Schwerpunkt künftiger Lehrkräfteausbildung muss im qualifizierten Umgang mit der
22 Heterogenität von Gruppen liegen.

23 DIE LINKE in Bayern fordert:

24

- 25 • Die Erweiterung von Ganztagsangeboten mit mehr Lehrkräften und die Rücknahme
26 der Personalkürzungen.
- 27 • Die Rücknahme von Arbeitszeitverlängerungen.
- 28 • Eine deutliche Reduzierung der Klassen- und Kursstärken.
- 29 • Die Anrechnung mindestens einer Stunde im Wochenstundendeputat für Lehrkräfte
30 mit Klassenleitungstätigkeit, Elternsprechstunden und Schülersprechstunden; der
31 Umfang ist längerfristig auf drei Stunden auszubauen.
- 32 • Die Reduzierung des Frontalunterrichts zugunsten beteiligungsorientierter und
33 solidarischer Unterrichtsmethoden bei Stärkung der pädagogischen Freiheit der
34 Lehrkräfte.
- 35 • Die Förderung der Fähigkeit zu kritischem Denken als Grundvoraussetzung für eine
36 funktionierende Demokratie.
- 37 • Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen von Schülerinnen und Schülern bei
38 der Schulverwaltung und Lehrplanerstellung. Mehr Demokratie an die Schulen!
- 39 • Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie die ausreichende Ausstattung der
40 Schulen mit zeitgemäßen Lehr- und Lernmitteln.

41

42 Berufliche Bildung verbessern

43 Die berufliche Erstausbildung ist der Einstieg in das Berufsleben. Misslingt dieser Schritt,
44 sind die weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten schwer gefährdet. Wissen und Qualifikation
45 waren und sind die Schlüsselbegriffe der Zukunft. Ein einmal erlernter Beruf, mit Erfahrungen
46 angereichert, reicht heute nicht mehr aus. Die Jugendlichen müssen darauf vorbereitet
47 werden, ihre erlernten Kenntnisse auch in anderen Betrieben oder Bereichen anwenden zu

1 können. Erwartet wird eine Ausbildung, die zukunftsfähig ist, die wirtschaftliche, soziale und
2 strategische Anforderungen aufnimmt und Auszubildende lehrt zu lernen.

3 Artikel 128 (1) der Bayrischen Verfassung muss endlich umgesetzt werden: „Jeder
4 Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner
5 inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.“

6

7 Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und ge-
8 gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbst bestimmtes
9 Leben, für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft.

10

11 Es ist alarmierend, dass sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt in den vergangenen
12 Jahren in der Bundesrepublik insgesamt nicht nur quantitativ weiter verschärft hat: Viele
13 Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Ausbildung und zu geringe
14 Bezahlung. Das Ausbildungsplatzangebot muss dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen.
15 Die Unternehmen haben diese gesellschaftliche Verantwortung für die Finanzierung und für
16 die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wahrzunehmen. Sie dürfen das Angebot nicht von
17 kurzfristigen Renditezielen abhängig machen.

18

19 Neben der klassischen dualen Ausbildung haben sich weitere Ausbildungsformen etabliert.
20 DIE LINKE hält Ausbildungsverbünde ebenso wie Angebote außerbetrieblicher
21 Einrichtungen in der gegenwärtigen Situation für unverzichtbar, allerdings dürfen sie nicht
22 Ersatz für die duale Ausbildung sein.

23

24 Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen
25 Vorrang haben. Ziel muss sein, die soziale Integration zu unterstützen und den Zugang zum
26 ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

27

28 Den pauschalen Ausbildungsbonus für Unternehmen, die so genannte „schwer vermittelbare
29 Altbewerber“ ausbilden, lehnen wir ebenso ab wie die Aufbewahrung von Schulabgängern
30 ohne betrieblichen Ausbildungsplatz im so genannten „Übergangssystem“. Dass Menschen
31 unter 25 Jahren ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz eine „Bedarfsgemeinschaft“ mit ihren
32 Eltern bilden müssen, betrachten wir als Skandal.

33

34 Die besondere Qualität der Berufsausbildung im dualen System besteht in der Verzahnung
35 von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Die Situation an vielen Berufsschulen ist
36 allerdings verheerend: Stundenausfall, veraltete Lehr- und Lernmittel sowie Schulgebäude,
37 die oft in einem empörenden Zustand sind. Es ist an der Zeit, dass die Staatsregierungen für
38 Abhilfe sorgt. Die finanzielle Benachteiligung vieler Berufs- und Fachoberschulen im
39 Vergleich v.a. zu Gymnasien darf nicht länger Bestand haben.

40

41 Während die Ausbildung in den Betrieben bundeseinheitlich durch das Berufsbildungsgesetz
42 (BBiG) und die Ausbildungsordnungen geregelt ist, unterliegt die Berufsschule der
43 Regelungskompetenz der Länder. Um die Zusammenarbeit der Lernorte Berufsschule und
44 Betrieb zu verbessern, muss die Berufsschule in das BBiG integriert werden. Beide Lernorte,
45 Betrieb und Schule, müssen gleichwertig nebeneinander stehen. Die Berufsschule hat einen
46 eigenständigen Bildungsauftrag, der über das Vermitteln von reinem Fachwissen hinausgeht.
47 Daran muss festgehalten werden.

48 DIE LINKE fordert:

- 49 • Eine Ausbildungsabgabe zu erheben für Unternehmen mit über zehn Mitarbeitern,
50 welche nicht mindestens 12 Prozent ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte
51 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

- 1 • Berufsorientierung, Berufsberatung und Berufsvorbereitung deutlich zu verbessern
2 und aufzuwerten.
- 3 • Die Kontrolle von und die Mitbestimmung bei der Ausbildung durch die
4 Auszubildendenvertretungen und ihre Gewerkschaften sowohl in der betrieblichen als
5 auch in der schulischen Ausbildung zu ermöglichen.
- 6 • Eine Rechtsverordnung zu erlassen, die die Wahl einer Interessenvertretung auch in
7 außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen ermöglicht.
- 8 • Die Ausbeutung Auszubildender als billige Arbeitskräfte zu beenden, eine
9 Ausbildungsvergütung, von der Auszubildende gut leben können.
- 10 • Qualifizierte und geprüfte Ausbilderinnen und Ausbilder für qualifizierte Ausbildung,
11 um auch Auszubildende aus schwierigen Lebens- und Familienverhältnissen durch
12 kompetentes pädagogisches Personal rechtzeitig zu fördern.
- 13 • Ein Verhältnis von 1:8 (ein Ausbilder für acht Auszubildende) als Standard, um eine
14 qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten.
- 15 • Die ausgesetzte Ausbildungsseignungsverordnung (AEVO) wieder einzuführen, sie
16 weiterzuentwickeln und den neuen Anforderungen in der Berufsausbildung
17 anzupassen.
- 18 • Den Berufsschulen eine zeitgemäße und qualitativ hochwertige Ausstattung mit
19 modernen Lehr- und Lernmitteln zur Verfügung zu stellen.
- 20 • Die Lernorte Betrieb und Berufsschule sinnvoll und eng zu verzahnen;
- 21 • lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche differenziert und zielstrebig
22 zu fördern.
- 23 • Die Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen deutlich zu
24 erhöhen.
- 25 • Die Unterrichtsversorgung von mindestens 13 Wochenstunden zu gewährleisten.
- 26 • „Berufsfördermaßnahmen“ durch Ausbildungswerkstätten und Berufsfachschulen mit
27 der Möglichkeit auf qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung im gewünschten
28 Beruf zu ersetzen.

29

30 **Für eine demokratische Hochschule – Weg mit den Studiengebühren!**

31 Die aktuelle Hochschulpolitik orientiert sich vor allem an Wettbewerbsförderung, Standort-
32 sicherung und so genannter Exzellenzförderung. Durch den Umbau von Diplom- und
33 Magisterstudiengängen in Bachelor- und Masterstudiengänge wird zudem die soziale
34 Auslese weiter verstärkt und der Druck auf die Studierenden erhöht, bei zweifelhafter
35 Popularität der geschaffenen „Schmalspurstudiengänge“ auch in der Wirtschaft. Ziel der
36 bayerischen Regierung ist es, auch den Universitätsbereich für den freien Markt zu öffnen
37 und akademische Einrichtungen in ökonomische Dienstleistungsbetriebe zu verwandeln.
38 Dies ist nicht nur soziale Auslese, sondern auch ein massiver Eingriff in die demokratische
39 Verfassung der Hochschule.

40 Mit der Umstellung von Magister- auf Bachelor- und Masterabschlüssen wurde der
41 universitären Bildung ein neuer Charakter aufgezwungen: Ein Studium gerade der
42 Geisteswissenschaften soll nicht mehr eigenständiges, kritisches und interdisziplinäres
43 Lernen und Forschen zum Ziel haben, das in sozialem und gesellschafts- oder
44 hochschulpolitischem Engagement seine praktische Ergänzung erhalten kann. Vielmehr wird
45 den Studierenden mit den Beschränkungen zur Studienfachkombination, dem Zwang zum
46 ständigen Erwerb von Credit Points und weiteren Auflagen ein enges Korsett angelegt, das
47 gesellschaftliches Engagement stark einschränkt. Den Studierenden wird kaum Raum
48 gelassen, Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb der begrenzten akademischen Welt
49 wahrzunehmen und sich selbst zu finden. Das Credit-Point-System geht einher mit einer

1 Vereinheitlichung der Lerninhalte, die als geistloses Faktenwissen quantifiziert und abgeprüft
2 werden können. Eigenständiges und kritisches Denken sind nicht mehr gefragt.

3 Daher fordert DIE LINKE:

- 4 • Auch die Hochschulen müssen in öffentlicher Verantwortung liegen. Deshalb wehren
5 wir uns entschieden gegen alle Formen von schleichender Privatisierung.
- 6 • Grundsätzlich muss der Hochschulzugang ohne vorherige soziale Auslese und ohne
7 Studiengebühren möglich sein.
- 8 • Bachelor- und Masterstudiengänge müssen zurückgenommen werden und der
9 Bologna-Prozess dort, wo er sinnvoll ist, verwirklicht werden: bei der Erleichterung
10 eines europäischen Studiums, das durch die lokal verschiedenen Ausprägungen der
11 BA-/MA-Studiengänge bisher eher verhindert wird.
- 12 • Geistes- und Gesellschaftswissenschaften sind Grundlage für eine demokratische
13 Zivilgesellschaft. Ihr Abbau muss gestoppt werden. Benötigt wird keine staatlich
14 bezahlte Ausbildung von Geistlichen; in diesem Zusammenhang fordern wir auch die
15 Abschaffung des Einspruchsrechts der katholischen Kirche bei der Besetzung von
16 Lehrstühlen.
- 17 • Ein elternunabhängiges BAFÖG für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und
18 Studierende muss eingeführt werden, denn jede und jeder muss in demokratischer
19 Weise am Bildungsprozess teilhaben können.
- 20 • Die Hochschule muss auch für Menschen ohne Abitur zugänglich sein;
21 entsprechende Möglichkeiten sind zu fördern und auszubauen.
- 22 • Die verfasste Studierendenschaft mit Finanzhoheit unter Einschluss eines politischen
23 Mandats ist wieder einzuführen.
- 24 • Arbeitsverhältnisse an den Universitäten und Hochschulen müssen durch dauerhafte
25 und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze gesichert, Mitbestimmungsrechte der
26 Beschäftigten ausgebaut werden.
- 27 • Der Zwang zur Einwerbung von Drittmitteln ist zu beenden, die akademische
28 Selbstverwaltung wieder herzustellen.

29

30 **Lebensbegleitendes Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen**

31 Weiterbildung ist integraler Bestandteil der Bildung und daher als Rechtsanspruch
32 anzusehen. Die Bereitstellung eines breit gefächerten und flächendeckenden
33 Bildungsangebotes in der Weiterbildung ist eine öffentliche Aufgabe. Ziel muss es dabei
34 sein, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Angebote zu unterbreiten, die ihren
35 persönlichen und beruflichen Interessen entsprechen und/oder dem Ziel der
36 gesellschaftlichen Integration dienen. Damit sollen die Chancen der Menschen auf Teilhabe
37 in Gesellschaft und Arbeitswelt, gerade in einer sich rapide verändernden Umwelt,
38 aufrechterhalten werden.

39 Eine besondere Rolle spielt die politische Bildung. Land und Kommune haben die Ver-
40 pflichtung, die Bevölkerung über gesellschaftspolitische Fragestellungen detailliert zu infor-
41 mieren und die Entwicklung eigener Handlungsmöglichkeiten zu fördern.

42 Lebenslanges Lernen kann nicht aus privaten Rücklagen finanziert werden, es muss dazu
43 einen Rechtsanspruch geben. Die Möglichkeiten, berufliche Arbeit und Weiterbildung zu
44 verbinden, müssen verbessert werden, die Unternehmen dazu beitragen. Weiterbildung darf
45 deshalb auch niemals als individuell zu erbringende Leistung definiert werden.

1 Im öffentlich geförderten Teil der beruflichen Weiterbildung müssen die Integration von
2 Arbeitslosen und ihre Qualifikationsbedürfnisse stärker im Mittelpunkt stehen. Die schnelle
3 Vermittlung in schlecht bezahlte und sozial nicht abgesicherte Arbeit lehnt DIE LINKE ab.
4 Langzeitarbeitslose dürfen nicht zu Maßnahmen gezwungen werden, die kaum Qualifikation
5 schaffen bzw. erhalten oder gar feste Arbeitsverhältnisse verhindern und zerstören. Die
6 sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit angemessener
7 Bezahlung muss zur Regel werden.

8 Grundsätzlich müssen alle Beschäftigten entsprechend den tariflichen Regelungen in
9 anderen öffentlichen Bildungsbereichen bezahlt werden. Willkürliche Befristungen durch den
10 Arbeitgeber lehnt DIE LINKE in Bayern ab. Für freiberuflich tätige Lehrkräfte, die häufig
11 scheinselfständig beschäftigt sind, fordern wir ein Honorar, das einem Entgelt für
12 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Bereich entspricht, jedoch ein
13 Mindesthonorar von derzeit 30 €.

14 DIE LINKE in Bayern fordert:

- 15 • alle Bereiche der öffentlich geförderten Weiterbildung ausreichend finanziell und
- 16 personell auszustatten;
- 17 • den Erhalt und Ausbau der Volkshochschulen;
- 18 • die Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubs auch in Bayern.

19

20

21

22 **Elementarbildung, Jugendhilfe und Sozialarbeit stärken**

23 Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule, sondern ist ein vielschichtiger
24 lebensbegleitender Prozess, der bereits vor der Einschulung beginnt. Besonders wichtig für
25 eine erfolgreiche Bildungsbiografie ist der frühe Beginn, die Elementarbildung.

26 Das Elterngeld muss einkommensunabhängig sein, es darf nicht gemeinsam mit dem
27 Kindergeld und eventuellen Unterhaltsleistungen anderer Elternteile mit anderen
28 Sozialleistungen, wie ALG II, verrechnet werden.

29 Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und deshalb dem Kultusministerium zu
30 unterstellen. Sie sind für eine gute individuelle Entwicklung der Kinder von Vorteil und für den
31 Abbau von Benachteiligungen und die Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von
32 Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverzichtbar. Soziale
33 Lernprozesse und Bildung schon im frühen Kindesalter mindern
34 Entwicklungsverzögerungen, verstärken positives Sozialverhalten und beugen so
35 Jugendgewalt vor.

36 Wir brauchen in Bayern viel mehr Kindertageseinrichtungen, die intensiv zur Integration von
37 Behinderten und Nichtbehinderten, anderen Kindern mit besonderem Förderbedarf, aber
38 auch besonders begabten Kindern genutzt werden. Es sind Bedingungen zu schaffen, unter
39 denen sich möglichst viele Eltern frühzeitig für eine Förderung in einer Kindertagesstätte
40 entscheiden können. Die Sprachenvielfalt in einer Gruppe darf nicht als Handicap betrachtet,
41 sondern muss als Gewinn genutzt werden.

1 Die Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen tragen im
2 Umgang mit Kindern und Jugendlichen große Verantwortung. Sie brauchen für ihre Arbeit
3 eine qualifizierte Ausbildung, insbesondere im Bereich der Diagnostik und der
4 Sprachförderung. Dazu bedarf es ausreichender Weiterbildungsangebote und der Zeit, um
5 alle Kinder individuell zu fördern.

6 Die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendarbeit, von Jugendhilfe und Schule, von
7 Fachkräften der Schul-, Sonder- und Sozialpädagogik sowie therapeutischen Kräften ist
8 notwendiger Bestandteil integrativer Bildung und Erziehung. Dazu sind die personellen und
9 rechtlichen Voraussetzungen herzustellen.

10 Die Einrichtungen müssen in einer angemessenen und kinderfreundlichen Zeit erreichbar
11 die Verkehrsmittel so ausgelegt sein, dass jedes Kind einen Sitzplatz hat, die
12 Verkehrssicherheit dem PKW-Standard entspricht und eine weitere erwachsene
13 Aufsichtsperson mitfahren kann.

14 DIE LINKE in Bayern setzt sich dafür ein:

- 15 • dass flächendeckend integrative gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür
16 erforderlichen Personal geschaffen werden; in einem ersten Schritt sollen Kinder und
17 Eltern im letzten Jahr vor der Schule einen Rechtsanspruch auf eine kostenfreie
18 Förderung erhalten.
- 19 • dass vorhandene Beschränkungen beim Zugang zu den Kindertagesstätten abgebaut
20 werden.
- 21 • dass das derzeitige Buchungssystem zugunsten eines pädagogisch sinnvollen
22 Gesamtbildungskonzeptes abgeschafft wird.
- 23 • dass mehr qualifiziertes Personal eingestellt und damit ein besserer
24 Betreuungsschlüssel (weniger Kinder pro Betreuer) in den Kindertagesstätten,
25 Einrichtungen der Jugendfreizeit, Jugendbildungseinrichtungen sowie anderen
26 Stätten der Jugendpflege erreicht wird.
- 27 • dass alle Kinder in den Einrichtungen ein gesundes und kostenloses Mittagessen
28 erhalten.

29

30 **Freiheit für Kunst und Kultur!**

31

32 Für DIE LINKE steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik. Damit ist DIE LINKE, ist die von
33 uns vertretene Politik selbst ein kulturelles Projekt. Wir wollen der Überzeugung zur
34 Durchsetzung verhelfen, dass die Wirtschaft im Dienst der Menschen steht.

35

36 Wo dieses Verhältnis sich offenbar umgekehrt hat, müssen wir uns versichern: Kulturelle
37 Bildung und künstlerische Tätigkeiten sind kein Luxus oder gar nutzloser Zeitvertreib,
38 sondern ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung und ein Grundbedürfnis
39 eines jeden Menschen. Alle Menschen in unserer Gesellschaft sollen daran teilhaben
40 können, und zwar nicht nur als Konsumenten, zu denen wir uns mehr und mehr reduziert
41 haben (lassen), sondern als selbst tätige, schöpferische Gestalterinnen und Gestalter.
42 Kunst und Kultur sind außerdem Orte der Begegnung und des Dialogs unterschiedlicher
43 Kulturen. Hier werden Verständnis und Toleranz für die anderen und für das Eigene
44 gefördert.

45

46 Daher fordert DIE LINKE in Bayern:

47

- 1 • Kulturelle und musische Bildung soll in den Schulen gleichberechtigt mit anderen
2 Fächern behandelt und gelehrt, statt immer nur gekürzt werden. Dabei gilt
3 selbstverständlich, dass nicht alle zum Künstler geboren sind, die Notenvergabe ist
4 hier besonders anspruchsvoll. Wir wollen eine Wertschätzung dieser Fächer, die sich
5 auch in der angemessenen Berücksichtigung in Lehrplänen niederschlagen soll.
- 6 • Die Situation von Kunst- und Kulturschaffenden muss verbessert werden. DIE LINKE
7 tritt dementsprechend für mehr – dringend benötigte – Arbeitsplätze und Projekte im
8 kulturellen und sozialen Sektor ein.
- 9 • Kulturpolitik muss darauf hinwirken, dass ein vielgestaltiges und ausgewogenes
10 kulturelles Angebot vorhanden ist und für die Allgemeinheit zugänglich bleibt.
- 11 • Wir wollen keine einseitige Förderung bestimmter kultureller und künstlerischer
12 Institutionen und Richtungen. DIE LINKE tritt für Vielfalt und Toleranz ein.
- 13 • Der Besuch von Theatern, Museen und anderen Kunstinstituten sowie die Teilnahme
14 an musischen Weiterbildungsangeboten – zum Beispiel an der Volkshochschule –
15 muss für alle bezahlbar sein.
- 16 • Die mehr und mehr abbröckelnde kulturelle Infrastruktur der bayerischen Kommunen
17 im ländlichen Bereich muss wieder mehr unterstützt werden.
- 18 • Die Durchkommerzialisierung von Kunst ist abzulehnen. Kultursponsoring durch
19 finanzkräftige Geldgeber birgt die Gefahr der Instrumentalisierung von Kunst und
20 kann durch „Event“-Orientierung zu einer Verflachung führen. Umso entscheidender
21 ist, dass öffentliche Mittel die Vielfältigkeit der kulturellen Äußerungsmöglichkeiten
22 gewährleisten.

23

24 **Medienvielfalt statt kommerzieller Verflachung**

25

26 Medien filtern die Informationen für die Bevölkerung und prägen die Kultur. Wer Medien
27 besitzt oder kontrolliert, kann gesellschaftliche Entwicklungen stark beeinflussen. Die
28 einflussreichsten Medien in Bayern festigen die von der CSU geschaffenen herrschenden
29 Verhältnisse.

30

31 DIE LINKE verteidigt in Bayern die Pressefreiheit, unterstützt unabhängige
32 Medienmacherinnen und Medienmacher und trägt selbst zur Herstellung von demokratischer
33 Gegenöffentlichkeit bei.

34

35 In Presse, Fernsehen und Radio werden kommerzielle Interessen immer bestimmender.
36 Zunehmende Konzentrationsprozesse und steigender Renditedruck führen zu weiterer
37 Verflachung der Berichterstattung, personell unterbesetzte Redaktionen sind außerstande,
38 eine unabhängige und zuverlässige Berichterstattung zu gewährleisten. Der Einfluss von PR-
39 Agenturen auf Redaktionen hat beängstigend zugenommen. Dies alles geht zu Lasten
40 verlässlicher Information und berührt die demokratische Substanz unserer Gesellschaft.
41 Besonders beunruhigend ist, dass sich Finanzinvestoren in immer größerem Ausmaß des
42 Mediensektors bemächtigen, denen es naturgemäß in keiner Weise um Information, sondern
43 einzig um Rendite geht.

44

45 In einer solcherart deformierten Medienlandschaft muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk
46 eine umso bedeutendere Quelle unabhängiger Information sein. Die politische
47 Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks ist jedoch, von Ausnahmen abgesehen,
48 ähnlich angepasst wie die der kommerziellen Presse. Wichtige Informationen und wichtige
49 Filme werden der Öffentlichkeit entweder gänzlich vorenthalten oder zu nächtlicher Zeit
50 gesendet, so dass die arbeitende Bevölkerung sie kaum sehen kann. Der eigentliche Auftrag
51 öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird damit nicht erfüllt.

52

53 DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt ein, die eine unabhängige Information der
54 Bevölkerung im Sinne gesellschaftlicher Emanzipation ermöglicht. Um der weiteren
55 Verflachung der Presseberichterstattung entgegenzuwirken, sind Redaktionsstatute, die den

1 Redaktionen eine unabhängigere Arbeit sichern, unerlässlich. Diese einstmals auch von der
2 Sozialdemokratie vertretene Forderung könnte bei entsprechenden Mehrheiten im Landtag
3 durch ein Landespressegesetz verbindlich festgelegt werden.

4

5 Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich
6 spezifische soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung. In Bayern ist der Zugang
7 zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien nach Einkommen und Region
8 ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft und steht damit im
9 Widerspruch zu demokratischen Grundideen.

10

11

12 Daher fordert DIE LINKE in Bayern:

13

- 14 • Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Unabhängigkeit des Bayerischen
15 Rundfunks bei der Programmgestaltung müssen gestärkt werden. Die
16 Aufsichtsgremien des Senders sind dafür so zusammensetzen, dass den
17 vielfältigen Interessen der Gesellschaft, unter anderem der arbeitenden Bevölkerung,
18 größere Geltung verschafft wird.
- 19 • Die Regeln gemäß Landesmediengesetz Art. 4 müssen im Sinne der
20 Ausgewogenheit des Gesamtangebots und der Meinungsvielfalt eingehalten werden.
- 21 • Die Tendenz zur weiteren Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen
22 Programmangebots ist zu stoppen.
- 23 • Der Empfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss für die Bürgerinnen und
24 Bürger bezahlbar bleiben.
- 25 • Geringverdienende, Studierende sowie Bezieherinnen und Bezieher von
26 Niedrigrenten – auch diejenigen, die bewusst auf den Bezug von Sozialleistungen
27 verzichten – sind ebenso wie Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst von der
28 Rundfunkgebührenpflicht zu befreien.
- 29 • Die Infrastruktur für ein bezahlbares „Breitband-Internet für alle“ in Bayern muss
30 bereitgestellt werden.

31

32 **4. Gleichberechtigung**

33

34 Wir streben eine demokratische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung an, die
35 die traditionelle Rollenaufteilung grundlegend ändert und die patriarchalische Kultur beseitigt.
36 Wir treten ein für Integration, Emanzipation und Gleichberechtigung. Wir stehen gegen
37 Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art.

38

39 **Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen**

40

41 Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, wurde
42 bis heute die ungleiche Verteilung von Lebenschancen bei weitem nicht aufgehoben. Frauen
43 weisen beispielsweise heutzutage bessere Bildungsabschlüsse vor und verdienen bei
44 gleicher Arbeit trotzdem noch immer fast 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.
45 Viele berufstätige Frauen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Frauen, auf denen
46 nach wie vor ein Großteil an familiären und fürsorglichen Verpflichtungen, wie Kinder- und
47 Altenpflege, Erziehung und Haushalt, lastet, sind darum von der Politik des Neoliberalismus
48 und des Sozialkollaps besonders hart betroffen. Das Modell des männlichen
49 Familienernährers, an dem die CSU festhält, ist überholt.

50

51 DIE LINKE fordert:

52

- 53 • gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und Qualifikation.
- 54 • eine frühzeitige Förderung einer geschlechterunabhängigen Berufswahl.

- 1 • eine Politik der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht und keine „erzwungene“
- 2 • Teilzeit.
- 3 • die Abschaffung des Ehegattensplittings.
- 4 • ein vom Partner oder von der Partnerin unabhängiges Bleiberecht für Migrantinnen
- 5 und Migranten;
- 6 • keine Anrechnung des Kindergeldes auf die staatlich gewährten
- 7 Grundsicherungsleistungen;
- 8 • die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch;
- 9 • konsequente Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen;
- 10 • Gewalt und Unterdrückung in der Ehe und anderen Lebensgemeinschaften zu
- 11 ächten;
- 12 • konsequentes Vorgehen gegen Zwangsehen;
- 13 • Schutz der Prostituierten vor Zuhältern und Übergriffen von Freiern;
- 14 • verschärfte Strafverfolgung von Menschenhandel und Zwangsprostitution unter
- 15 Verschonung der betroffenen Frauen;
- 16 • mehr Geld für autonome Frauenprojekte und Pauschalfinanzierung für Frauenhäuser;
- 17 • Gelder für Forschung und Prävention zur Verhinderung sexueller Gewalttaten;
- 18 • Behandlungspflicht für gewalttätige Männer sowie ausreichende Finanzierung
- 19 therapeutischer Angebote.

20

21

22 Für ein frauenfreundliches und emanzipiertes Bayern benötigen wir:

23

- 24 • quotierte Besetzungen von Verwaltungsräten, Ausschüssen, öffentlichen
- 25 Einrichtungen u.ä. auf Landesebene;
- 26 • hauptamtliche Gleichstellungs- und Frauenvertreterinnen;
- 27 • vom Staat unabhängige Gleichstellungsstellen;
- 28 • mehr Rechte und Einfluss für Frauenbeauftragte im Öffentlichen Dienst;
- 29 • eine Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes;
- 30 • die Erhöhung des Frauenanteils bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze im
- 31 Öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft;
- 32 • eine Novellierung des Vergabegesetzes zur Absicherung der Frauenförderung;
- 33 • einen jährlichen Frauenarmutsbericht im Rahmen einer detaillierten
- 34 Sozialberichterstattung für Bayern.

35 **Für eine zukunftsfähige Migrations- und Integrationspolitik**

36

37 Nach mehr als 50 Jahren bundesdeutscher Migrationsgeschichte ist festzustellen, dass

38 Migrantinnen und Migranten noch immer vielfachen gesellschaftlichen Ausgrenzungen

39 ausgeliefert sind. Auch in Bayern sind die Migrantinnen und Migranten oft in ihrer

40 Wohnumgebung isoliert, in der Arbeitswelt überwiegend mit niedrig qualifizierten Tätigkeiten

41 betraut und vom gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ausgeschlossen.

42 Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am kulturellen, politischen,

43 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen

44 Gesellschaft. Davon ist Bayern weit entfernt.

45

46 Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Bildung sozial Benachteiligter sind

47 Bestandteile der allgemeinen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in

48 Deutschland. Sie wirken auf Migrantinnen und Migranten in besonderem Maße negativ.

49 Ihnen wird oft einseitig die Schuld an ihrer Situation zugeschrieben. Wir sind gegen jede

50 Politik, die Zuwanderer und Einheimische spalten will.

1 Migrantinnen und Migranten sind vom Sozialabbau besonders hart betroffen. Durch Hartz IV
2 ist der Anschluss an den Arbeitsmarkt und die Familienzusammenführung fast unmöglich
3 geworden. Aufgrund des ALG II erhalten viele kein dauerhaftes Bleiberecht mehr. Zudem
4 wird die Einbürgerung erschwert und im Extremfall droht die Nichtverlängerung der
5 Aufenthaltserlaubnis.

7 Der überwiegende Teil der Migrantinnen und Migranten hat keinen Zugang zu
8 weiterführender Bildung. Für die nachfolgenden Generationen setzt sich diese negative
9 Entwicklung fort.

10

11 Migrantinnen und Migranten gelten in unserer Gesellschaft häufig als unqualifiziert und
12 ungelernt, unter anderem auch deshalb, weil ihre schulischen und beruflichen Abschlüsse
13 aus ihren Herkunftsländern nur unter komplizierten Voraussetzungen oder überhaupt nicht
14 anerkannt werden.

15

16 Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten hat längst das Rentenalter erreicht.
17 Viele von ihnen bedürfen der Unterstützung und Pflege durch öffentliche Einrichtungen.

18

19 Die zunehmende soziale Ausgrenzung spiegelt sich im Siedlungsverhalten wieder,
20 Ghettobildung in den Großstädten ist die Folge.

21

22 DIE LINKE in Bayern fordert:

23

- 24 • Das Sozialministerium muss ein tragfähiges Migrations- und Integrationskonzept
25 erarbeiten, das auf allen Ebenen des Freistaates umzusetzen ist. Die Umsetzung muss
26 in regelmäßigen Abständen überprüft und bewertet werden. Die notwendigen finanziellen
27 Mittel sind bereitzustellen.
- 28 • Privatpersonen, Vereine und Institutionen, welche sich mit dem Thema Migration und
29 Integration auseinandersetzen, müssen in die Erarbeitung und Umsetzung einbezogen
30 werden.
- 31 • Wahlrecht für alle, die hier leben.
- 32 • Der Öffentliche Dienst muss Vorreiter für die Integration in Ausbildung und Berufsleben
33 werden.
- 34 • In der Arbeitsmarktpolitik muss die Wiedereingliederung niedrig qualifizierter Menschen
35 einen hohen Stellenwert haben.
- 36 • Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse muss deshalb verbessert und für
37 qualifizierte Migrantinnen und Migranten sollen verstärkt Anpassungsförderungen
38 entwickelt und angeboten werden.
- 39 • Eine stärkere interkulturelle Öffnung der Verwaltungen. Die interkulturelle Kompetenz von
40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst muss verstärkt gefördert
41 werden.
- 42 • In Institutionen wie Krankenhäusern, Altenheimen, Beratungsstellen und Gefängnissen
43 müssen mehr Fachkräfte mit interkultureller Kompetenz und Migrationshintergrund
44 eingesetzt werden. So muss z.B. die muttersprachliche Beratung für Seniorinnen und
45 Senioren ausgebaut werden.
- 46 • Der Unterversorgung von Migrantinnen und Migranten im Bereich der psychosozialen
47 Beratung und der psychotherapeutischen Betreuung ist durch eine gezielte Ausbildung
48 und die Einrichtung entsprechender Stellen entgegenzuwirken.
- 49 • Kommunale Wohnungspolitik muss Integration befördern und einer Ghettobildung
50 entgegenwirken. Projekte wie die »Soziale Stadt« müssen – in Zusammenarbeit mit den
51 Kommunen – erweitert und unterstützt werden.

52 **Für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen**

53

1 Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Transgender, inter- und bisexuelle, kurz queere *
2 Menschen ist noch nicht erreicht. Diskriminierung besteht am Arbeitsplatz, in öffentlichen
3 oder privaten Institutionen und anderen Bereichen. In Bayern gipfelt die institutionelle
4 Diskriminierung in der Verweigerung des Rechts gleichgeschlechtlicher Paare, ihre
5 Lebenspartnerschaft auf dem Standesamt zu schließen, wie es in allen anderen
6 Bundesländern üblich ist. Sie müssen in Bayern zur Notarin/zum Notar, womit der Ehe
7 zweiter Klasse ein weiteres Etikett der Nachrangigkeit angeheftet wird. Auch in schulischer
8 und außerschulischer Bildung erhalten queere Lebensweisen nicht den ihnen zustehenden
9 Raum, erfahren queere Menschen Ausgrenzung statt Respekt.

10

11 DIE LINKE tritt für die uneingeschränkte Gleichberechtigung der Lebensweisen von
12 Schwulen, Lesben, Transgender, Inter-, Bi- und Heterosexuellen ein. Bei uns sind sie Teil
13 eines neuen Familienbildes, welches gegenseitige Verantwortung in unterschiedlichsten
14 Lebensformen stärkt. Dabei kann die Institution der bürgerlichen Ehe nicht die einzig
15 anerkannte Familienform sein. Keine Beziehungsform, auch nicht die langjährig monogame
16 Zweierbeziehung, sollte bevorzugt werden.

17

18 In schulischer und außerschulischer Bildung sollen alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt
19 dargestellt werden. Ziel ist es, dem eigenen Lebensentwurf und die eigene Sexualität selbst
20 bestimmt zu finden. DIE LINKE unterstützt emanzipatorische und aufklärerische Kulturarbeit,
21 die die gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensweisen fördert.

22

23 DIE LINKE kritisiert alle am biologischen Geschlecht ausgerichteten Identitäten und
24 Machtformen und forderte schon in der Vergangenheit die Abschaffung des gesetzlichen
25 Geschlechts als Pfeiler gesellschaftlicher Normierung, die schon mit der Eintragung in den
26 Ausweis beginnt.

27

28 DIE LINKE fordert:

29

- 30 • die Einrichtung eines Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen beim
31 bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen:
- 32 • die konsequente Umsetzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in
33 der öffentlichen Verwaltung:
- 34 • queeren Jugendlichen sowie Kindern und Jugendlichen aus queeren
35 Lebensgemeinschaften den Besuch von Schulen und Kindergärten ohne
36 Diskriminierung zu ermöglichen, Lehrpläne, Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen
37 und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher sowie Projektangebote entsprechend
38 auszurichten.

39

40 ** Der Begriff „queer“ bezeichnet Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen,
41 jenen, die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen und/oder dies nicht
42 wollen, die keine heterosexuelle Paarbeziehung eingehen wollen.*

43

44

45 **5. Für ein demokratisches Bayern**

46 „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. So bestimmen es Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 des
47 Grundgesetzes und Artikel 2 der bayerischen Verfassung. Nur noch eine Minderheit der
48 Bevölkerung empfindet diese Rechtsnorm jedoch als Realität. Eine immer weiter
49 zurückgehende Wahlbeteiligung macht deutlich, wie gering die Erwartungen der
50 Einwohnerinnen und Einwohner an positive politische Veränderungen sind. Das kann sich
51 nur ändern, wenn die Menschen an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Zu
52 hoch sind die Hürden für Mitsprachemöglichkeiten bei Volksentscheiden und
53 Bürgerbegehren.

1 DIE LINKE fordert:

- 2 • die Senkung der rechtlichen Hürden für kommunale und landesweite
3 Volksabstimmungen:
- 4 • Den Artikel 73 der bayerischen Verfassung („**Über den Staatshaushalt findet kein**
5 **Volksentscheid statt.**“) **zu streichen; Bürgerhaushalte zu ermöglichen.**
- 6 • Die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts auf alle Bürgerinnen und Bürger, die in
7 Bayern leben und über 16 Jahre alt sind.
- 8 • Die generelle Anwendung des demokratischeren Hare-Niemeyer-Auszählverfahrens
9 bei Wahlen.
- 10 • Die Stärkung einer politischen Vielfalt in den kommunalen Parlamenten und damit die
11 deutliche erleichterte Möglichkeit, bei Kommunalwahlen antreten zu können.
- 12 • Förderung des Demokratieverständnisses aller und im Besonderen der jungen
13 Bürgerinnen und Bürger sowie der Initiativen und Einrichtungen für selbst verwaltete
14 Jugend- und Kulturarbeit durch den bayerischen Landtag.

15

16Für die Demokratisierung der Verwaltung

17Verwaltungsreform hieß für die CSU-Landesregierungen in der Vergangenheit immer nur
18eines: Personalabbau, Arbeitsverdichtung und Beschneidung der Mitbestimmung der
19Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Letztlich bedeutete dies weniger Bürgernähe und
20weniger Motivation der Beschäftigten. DIE LINKE will einen anderen Weg beschreiten. Sie
21fordert auf jeder Verwaltungsebene Bürgerbeauftragte (Ombudsleute) mit aufschiebendem
22Vetorecht, die als neutrale Schlichtungsinstanzen auf vorgerichtlicher Ebene zwischen den
23Bürgern und den einzelnen Ämtern und Behörden auftreten. Eine einwohnerfreundliche
24Verwaltung muss unter nachvollziehbaren Kriterien ihre Aufgaben erledigen. Dies kann sie
25nur mit dem dafür nötigen Personal tun. Bestehende Hierarchien sollten abgebaut und die
26Entscheidungsebene weiter nach unten verlagert werden.

27

28Für DIE LINKE ist eine Änderung des bayerischen Personalvertretungsgesetzes notwendig.

29

30DIE LINKE fordert:

31

- 32 • Eine Demokratisierung der Betriebe/Dienststellen in Bayern.
- 33 • Eine Erweiterung des Wahlrechtes zu den Personal-, Jugend- und
34 Auszubildendenvertretungen.
- 35 • Den Ausbau und die Stärkung der Beteiligungsrechte.
- 36 • Die Stärkung der Rechte der Personal-, Jugend- und Auszubildendenvertretungen.
- 37 • Den Ausbau von Fortbildungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für
38 Personalvertretungen.

39Wir wollen die Bezirksregierungen als verlängerten Arm der Staatsregierung abschaffen und
40die demokratischen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Regionen stärken.
41DIE LINKE fordert die Dezentralisierung möglichst vieler Kompetenzen, damit mehr
42Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Dies muss mit der zwingenden
43Voraussetzung geschehen, dass die kommunalen Körperschaften mit den erforderlichen
44Finanzen ausgestattet werden, damit die neuen Aufgaben bewältigen werden können.

45

46Freiheitsrechte und „Innere Sicherheit“

1 Die Debatte um die „Innere Sicherheit“ ist immer mehr geprägt von Schlagwörtern wie
2 allgemeiner Terrorverdacht, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff,
3 genetischer Fingerabdruck oder verdachtsunabhängige Kontrolle. Persönliche Freiheits-
4 rechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig
5 unbestimmten Begriff der „Gefahrenabwehr“ massiv eingeschränkt werden.

6 Rasterfahndungen und Videoüberwachungen öffentlicher Straßen und Plätze wurden
7 ebenso ausgeweitet wie der nicht hinreichend kontrollierte Einsatz privater
8 Sicherheitsdienste. CSU-Politiker sind Vorreiter in der Diskussion, ob es den
9 Strafverfolgungsbehörden erlaubt sein sollte, zu foltern und ob die Bundeswehr im Innern
10 eingesetzt werden dürfe.

11 Die CSU-Staatsregierung hat im April einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das
12 Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gravierend eingeschränkt werden soll. Wenn dieser
13 Entwurf zum Gesetz wird, würden Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen massiv geschwächt
14 und politische Demonstrationen und Versammlungen stark beeinträchtigt werden. Nach
15 Vorstellung der CSU würde bereits das Zusammentreffen von zwei Menschen eine
16 „Versammlung“ darstellen, die anmeldepflichtig ist. Unter solchen Umständen hätte es jede
17 Gewerkschaft schwer, bei Arbeitskämpfen Streikposten aufzustellen. Schon Fahnen,
18 Ansteckplaketten und einheitliche Schilder können bei Versammlungen gegen das neu
19 erfundene „Militanzverbot“ verstoßen. Bei Zuwiderhaltungen würden Geldstrafen von bis zu
20 3.000 Euro drohen. DIE LINKE wehrt sich gemeinsam mit Gewerkschaften und in einem
21 breiten Bündnis mit anderen Organisationen gegen diesen Gesetzentwurf.

22 Mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, dem Ausbau des Überwachungsstaates und der
23 Militarisierung der Innenpolitik kann die Gefahr von Terroranschlägen in der Bundesrepublik
24 nicht verringert werden. Vielmehr nimmt diese Gefahr durch Bundeswehreinätze in aller
25 Welt, insbesondere in Afghanistan, zu. Auch deshalb tritt DIE LINKE für den sofortigen
26 Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein.

27 Es ist nicht Aufgabe der Innenpolitik, die Bürgerinnen und Bürger zu bespitzeln und unter
28 Generalverdacht zu stellen. Es ist vielmehr Aufgabe der Politik, die Bürgerinnen und Bürger
29 zu schützen, auch und vor allem vor staatlichen Übergriffen. Die bayerische
30 LINKE sagt entschieden NEIN zu dem Vorhaben, öffentliche Sicherheit mit der
31 Einschränkung von Freiheitsrechten herstellen zu wollen.

32 Das Problem der öffentlichen Sicherheit ist auch eine soziale Frage. Die Ursachen von
33 Kriminalität müssen bekämpft werden. Alltägliche Gewalt oder Eigentumsdelikte wachsen oft
34 in so genannten „sozialen Brennpunkten“, in denen Armut, Erwerbslosigkeit und mangelnde
35 Integration von Menschen geballt auftreten. Wenn in diesen Bereichen an Planstellen im
36 Bereich der Sozialarbeit, an Sprachkursen, Beratungs- und Hilfsangeboten gespart wird,
37 dann ist ansteigende Kriminalität das Ergebnis.

38 DIE LINKE fordert:

- 39 • Die Beschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne
- 40 Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot.
- 41 • Ein Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen;
- 42 • Die Abschaffung der Rasterfahndung.
- 43 • Die Auflösung der Verfassungsschutzbehörde als geheimdienstliche Institution und
- 44 die scharfe Trennung von Polizei und Geheimdiensten.
- 45 • Die verstärkte Nutzung von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialarbeit.
- 46 • Die Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses im bayerischen Landtag;

- 1 • Eine an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle, die mittels
2 umfassender Rechte mögliche Rechtsverletzungen der Polizei überprüfen und ihre
3 Arbeitsergebnisse bei Verdacht von Rechtsverletzungen an die Staatsanwaltschaft
4 weiterleiten soll.
- 5 • Die Einrichtung lokaler Anlaufstellen durch die Beschwerdestelle.
- 6 • Eine bessere Ausbildung der Polizei, vor allem in Bezug auf das
7 Deeskalationsverhalten sowie zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität.
- 8 • Eine Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten auf Demonstrationen;
- 9 • Die sofortige Auflösung der polizeilichen Sondereinheit USK
10 (Unterstützungskommando).

11

12

13 **Drogenpolitik: Hilfe statt Repression**

15 Auch im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken stattfinden. Statt den Betroffenen
16 ausreichend Hilfsangebote anzubieten, setzte die CSU-Landesregierung vor allem auf eine
17 Repressionsstrategie. Vielfältige Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nur selten vom
18 Drogenkonsum abhalten können. Stattdessen werden Drogenabhängige kriminalisiert und
19 ins gesellschaftliche Abseits getrieben. Außerdem wird ein illegaler Wirtschaftszweig
20 gefördert und der Jugendschutz verhindert.

21

22 DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und
23 am Wohl der Abhängigen orientiert und die auf Prävention statt Kriminalisierung setzt. Unser
24 Ziel ist ein humanes und fachlich überzeugendes Konzept, welches abhängigen Betroffenen
25 eine grundsätzliche Perspektive für den Ausstieg aus der Sucht ermöglicht.

27 DIE LINKE setzt sich ein für:

28

- 29 • Objektive Aufklärung über mögliche Folgen des Drogenkonsums im Rahmen des
30 Schulunterrichts.
- 31 • Eine Bundesratsinitiative zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes im Hinblick auf
32 eine Neuklassifizierung nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- 33 • Eine Entkriminalisierung von Besitz, Erwerb, Anbau und die Zulassung von
34 kontrolliertem Handel mit Cannabis unter Berücksichtigung des Jugendschutzes.
- 35 • Die Regelversorgung von Schwerstabhängigen mit Diamorphin/Heroin.
- 36 • Mehr Finanzmittel für freiwillige, psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen.
- 37 • Eine deutlich bessere Unterstützung für Nachsorge-Projekte und Selbsthilfegruppen
38 und den Ausbau von rechtlicher und sozialer Beratung sowie angemessene Hilfe zur
39 Wiedereingliederung in Beruf und Ausbildung.

41 **Privatsphäre schützen – Nein zum „gläsernen Menschen“**

42 Grundlage des Datenschutzes ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jeder
43 Mensch muss selbst frei entscheiden können, was mit seinen personenbezogenen Daten
44 geschieht. Angesichts der wachsenden Bedeutung von Informationstechnologien und
45 elektronischer Datenverarbeitung gewinnt der Datenschutz immer mehr an Bedeutung. Die
46 gegenwärtige Rechtslage setzt zwar der Daten-Sammelwut gewisse Grenzen, aber längst
47 nicht im notwendigen Umfang. Die Arbeit des bayerischen Datenschutzbeauftragten wird
48 eher behindert als gefördert.

49

1DIE LINKE fordert:

- 2 • Den Datenschutz zu einem Staatsziel in der Landesverfassung zu erheben.
- 3 • Die Einrichtung eines von der Regierung unabhängigen Landeszentrums für
- 4 Datenschutz.
- 5 • Die Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf alle Bereiche der öffentlichen
- 6 Verwaltung.
- 7 • Die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und
- 8 Behörden grundsätzlich nur in Einzelfällen und aufgrund eines richterlichen
- 9 Beschlusses zuzulassen.
- 10 • Die Einführung des Anspruches aller Bürgerinnen und Bürger auf kostenlose
- 11 Auskunft, Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten in zentralen
- 12 Datenbanken.
- 13 • Die deutliche personelle und finanzielle Aufwertung der/des Datenschutzbeauftragten
- 14 und ihrer/seiner Arbeitsmöglichkeiten.
- 15 • die Löschung aller über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden, über ein Jahr
- 16 alten Daten von Schülerinnen und Schülern.

17

18

19Flüchtlinge brauchen Schutz - Asylrecht ausbauen

20

21So lange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch,
22mit einer repressiven Asylpolitik gegen Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht
23zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen,
24humanitären und geschichtlichen Verantwortung. Den fortschreitenden Abbau der Asylrechte
25nehmen wir nicht hin.

26

27Der CSU scheint selbst das bestehende Flüchtlingsrecht noch zu liberal zu sein. Die auf
28Landesebene erlassenen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz sind von dem
29Leitgedanken getragen, Ausländerinnen und Ausländer außer Landes zu befördern und
30Integration und Einwanderung zu erschweren.

31Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Tatsache muss zur Leitlinie der Politik
32werden und ist in allen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften zu berücksichtigen.

33DIE LINKE fordert:

- 34 • Die Aufhebung der Drittstaatenregelung.
- 35 • Bei anerkannten Flüchtlingen das Asylrecht nicht widerrufen zu können.
- 36 • Anerkennung des Aufenthalts bislang illegaler Migrantinnen und Migranten.
- 37 • Keine Abschiebung von Familien und minderjährigen Kindern.
- 38 • Gewährung des Bleiberechts auch für Arbeitslose, Kranke, Alte und Behinderte;
- 39 • Die Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte.
- 40 • Die Auszahlung von Sozialleistungen in Geld und nicht in Essenspaketen oder
- 41 Gutscheinen.
- 42 • Mitgliedern der Härtefallkommission autonome Entscheidungskompetenzen
- 43 einzuräumen.
- 44 • Die Einrichtung einer flächendeckenden und kostenlosen Beratungsstruktur für
- 45 Migrantinnen und Migranten.

46DIE LINKE wird im Landtag Initiativen ergreifen, um eine demokratische Flüchtlingspolitik im
47Bundesrat durchzusetzen.

48Sie wird sich insbesondere einsetzen:

- 1 • für eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes mit dem Ziel, das deutsche Ausländer-
2 und Asylrecht so umzugestalten, dass die Menschenwürde der Flüchtlinge, der
3 Einwanderinnen und Einwanderer gewahrt ist.
- 4 • für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht auf Grundlage des Territorialprinzips
5 (ius soli), das auch die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht.
- 6 • für eine Erweiterung des Asylrechts, insbesondere um frauenspezifische
7 Fluchtgründe, wie genitale Verstümmelung, Vergewaltigung, Zwangsheirat und
8 Witwenverbrennung.
- 9 • für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und damit der unwürdigen
10 Leistungen unterhalb des Niveaus von SGB II bzw. SGB XII.
- 11 • für die Ablehnung der Strafverfolgung bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht und
12 von Menschen, die Flüchtlingen Schutz gewährt haben.

13

14 **Antifaschismus**

15

16 „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer
17 neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

18

19 So heißt es im Schwur der überlebenden Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald.
20 Dieser Schwur ist für DIE LINKE eine Verpflichtung.

21

22 Neofaschismus ist kein lokal begrenztes Phänomen. Auch in Bayern gibt es dieses Problem:
23 Das zeigen anhaltende Wahlerfolge wie zuletzt bei den bayerischen Kommunalwahlen im
24 Frühjahr, bei denen die NPD-Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in die
25 Parlamente der beiden größten bayerischen Städte eingezogen ist. Das zeigen die
26 regelmäßigen Versammlungen von NPD, Freien Kameradschaften und geistesverwandten
27 Organisationen in Bayern. So werden die Bewohnerinnen und Bewohner der
28 oberfränkischen Gemeinde Gräfenberg seit einiger Zeit nahezu monatlich von
29 neonazistischen Versammlungen belästigt. Das zeigen die Zahlen von neo-faschistischen
30 Straftaten und Gewaltdelikten, die sich auf einem anhaltend hohen Niveau befinden. So
31 kommt es nach offiziellen Angaben bundesweit fast täglich zu zwei rechten Gewalttaten. In
32 Bayern haben Neonazis im Jahr 2007 über 2 000 politisch motivierte Straftaten verübt.

33

34 Vor allem in ländlichen Gebieten gelingt es Neonazis immer häufiger, eine rechte
35 Gegenkultur aufzubauen und damit vor allem Jugendliche zu ködern. So ist es kein Zufall,
36 dass das Durchschnittsalter der NPD-Mitglieder mit ungefähr 35 Jahren weit unter dem aller
37 anderen Parteien liegt.

38

39 Fremdenfeindliche Parolen finden sich jedoch nicht nur am rechten Rand unserer
40 Gesellschaft wieder. So schürt die CSU seit Jahrzehnten eine Stimmung gegen
41 Immigrantinnen und Immigranten und stärkt vorhandene Ressentiments in der Bevölkerung,
42 wie jüngst die Debatte um die gewalttätigen Übergriffe in der Münchner U-Bahn zeigten. Die
43 CSU schafft damit ein gesellschaftliches Klima, in dem es neofaschistische Organisationen
44 leichter haben, Anhänger für ihre menschenverachtenden Gedanken zu gewinnen.

45

46 Um neue Nazis zu bekämpfen, bedarf es einer ständigen Auseinandersetzung mit den
47 Gräueln des Nationalsozialismus und den Taten ihrer ideologischen Nachahmer heute.

48

49 DIE LINKE fordert:

50

- 51 • Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen
52 Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.
- 53 • Politische Unterstützung und finanzielle Mittel für antifaschistische und
54 antirassistische Projekte und Initiativen.

- 1 • Konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und antisemitischer,
2 neonazistischer und nationalistischer Straftaten und Gewaltdelikte.
- 3 • Es darf keine Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und dem Staat geben! Die so
4 genannten V-Männer müssen aus der NPD abgezogen werden.
- 5 • Dass sich der bayerische Landtag für ein Verbot der NPD einsetzt. Wir sind uns
6 bewusst, dass allein durch ein NPD-Verbot neonazistisches Gedankengut nicht aus
7 den Köpfen ihrer Mitglieder verschwindet. Ein Verbot kann jedoch den
8 Handlungsspielraum der Neonazis erheblich einschränken.
- 9 • Die Förderung der Erinnerungskultur durch Ausstellungen,
10 Informationsveranstaltungen und Gedenkstätten. Ausreichende finanzielle
11 Ausstattung der KZ-Gedenkstätten in Dachau und Floßbürg, des
12 Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände in Nürnberg und des künftigen
13 NS-Dokumentationszentrums in München sowie örtlicher und regionaler
14 Gedenkstätten.
- 15
- 16
- 17

186. Für ein lebenswertes Bayern

19Der Einsatz für eine lebenswerte Umwelt, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen
20sowie eine ökologische, nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen sind für DIE
21LINKE untrennbar mit der sozialen Umgestaltung unserer Gesellschaft verknüpft. Der Kampf
22um eine soziale und solidarische Gesellschaft ist ohne das Ringen um eine ökologische,
23menschen- und tiergerechte Perspektive nicht mehr denkbar.

24Die wichtigste Bedrohung für die Umwelt weltweit ist der fortschreitende Klimawandel.
25Gelingt es nicht, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad über vorindustrielles Niveau zu
26begrenzen, werden die ökologischen, sozialen und nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Folgen
27katastrophal sein. Zudem stößt der steigende Verbrauch endlicher Ressourcen zunehmend
28an seine Grenzen.

29Das Bundesland Bayern liegt in einem der größten Industriestaaten der Erde. Als solches
30muss es Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten übernehmen. Doch stattdessen
31fördert die CSU-Staatsregierung Scheinlösungen und Hochrisikotechnologien, wie die
32Atomwirtschaft, die Agro-Gentechnik oder die Abscheidung und unterirdische Verpressung
33von Co₂-Kraftwerksemissionen.

34DIE LINKE will, dass die biologische Vielfalt bewahrt, und möglichst wieder hergestellt wird.
35Eine weitere Zerstörung der bayerischen Landschaften muss verhindert werden.

36

37Natur und Landschaften schützen

38Bayern hat eine vielgestaltige, in einigen Regionen auch einzigartige Naturlandschaft. Sie
39reicht vom Frankenwald über die bayerischen Seen bis hin zu den Alpen. Die Menschen in
40Bayern sind mit diesen Regionen tief verbunden. Diese Landschaften sind bedroht.
41Zunehmende Flächenversiegelung, Intensivlandwirtschaft, Schadstoffeinträge der Industrie,
42Zerschneidung von Naturräumen, Verkehrsemissionen, Lärm und teilweise auch touristische
43Übernutzungen schädigen Landschaften und Biotope. Zunehmend setzt der Klimawandel
44den heimischen Arten zu.

45Die Anzahl der unzerschnittenen verkehrsfarmen Landschaftsräume in Bayern ist seit 1975
46um die Hälfte zurückgegangen. Das Spektrum unterschiedlicher Lebensräume hat
47abgenommen. Damit zusammenhängend ist ein deutlicher Rückgang der Artenvielfalt zu
48verzeichnen. Insbesondere die Arten der Offenlandschaften, wie Feld- und Wiesenbrüter,
49sind betroffen.

1 Die Flüsse haben unter Wasserstraßenprojekten und wasserbaulichen Maßnahmen gelitten.
2 Nur 12,5 Prozent der natürlichen Gewässer Bayerns sind nicht oder gering verbaut.

3

4 DIE LINKE setzt sich dafür ein:

5

- 6 • Den Anteil von Schutzgebieten an der Landfläche von gegenwärtig 13,5 Prozent auf
7 20 Prozent zu erhöhen und die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete
8 großräumig miteinander zu vernetzen.
- 9 • Anreize zu schaffen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für Verkehrs- und
10 Siedlungsflächen zu stoppen sowie Entsiegelungen attraktiv zu machen.
- 11 • Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft zu erhalten, die
12 Düngemittelverordnung besser zu überwachen und den ökologischen Landbau
13 stärker zu fördern.
- 14 • Die bestehenden Arten- und Biotopschutzprogramme stärker am sich vollziehenden
15 Klimawandel auszurichten sowie Programme zum Schutz vor Berggrutschen infolge
16 des Auftauens des Permafrostbodens in den hochalpinen Gebieten aufzulegen.
- 17 • Am beschlossenen, umweltschonenden Donausbau festzuhalten und eine
18 „Donauwelle rückwärts“ durch den Bezirk Niederbayern und die bayerische
19 Staatsregierung zu verhindern.

20 **Abfallwirtschaft**

21 Das Abfallaufkommen in Bayern hat sich seit 1990 kaum verändert. Es liegt bei jährlich 490
22 kg je Einwohner. Die Verwertung dieser Abfälle liegt zwar mit 71 Prozent rechnerisch auf
23 einem hohen Niveau; sie besteht jedoch zumindest bei den Restabfällen jenseits des gelben
24 Sacks fast ausschließlich in der Verbrennung, der so genannten energetischen Verwertung.

25 Im Gegensatz zu beispielsweise Niedersachsen oder den neuen Bundesländern hatten in
26 Bayern mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bislang keine Chance.
27 Dabei sind sie für die Bürgerinnen und Bürger preiswerter und lassen sich im Gegensatz zu
28 Müllverbrennungsanlagen dezentral in kleineren Anlagen betreiben. Das vermindert
29 Transportwege. Zudem liefern die MBA nach der Verrottung oder Vergärung der Abfälle zu
30 ca. zwei Dritteln ein bodenähnliches Substrat und zu einem Drittel heizwertreiche Stoffe, die
31 zur Energiegewinnung genutzt werden können.

32 Zahlreiche Bürgerinitiativen kämpfen gegen so genannte Ersatzbrennstoff-Kraftwerke. Sie
33 befürchten aufgrund der oft gewaltigen Dimensionen der Anlagen zu Recht Mülltourismus.
34 Darüber hinaus rechnen sie damit, dass die zulässigen Immissionsgrenzwerte voll
35 ausgeschöpft werden. Zudem besteht die Gefahr, dass Wertstoffe, die eigentlich recycelt
36 werden könnten, bei steigenden Energiepreisen künftig in Kraftwerken landen. Dies wäre ein
37 Bärendienst an der Kreislaufwirtschaft.

38 Die Mehrwegquote bei Getränkeverpackungen ist bundesweit dramatisch gesunken. Bei
39 alkoholfreien Getränken von rund 70 Prozent in den siebziger Jahren auf unter 30 Prozent im
40 vergangenen Jahr. Das schadet nicht nur der Umwelt, sondern kostet auch jede Menge
41 Arbeitsplätze in der Getränkewirtschaft, vor allem bei den kleinen bayerischen Brauereien.

42

43 DIE LINKE fordert:

- 44 • Ein Gesamtkonzept zur Vermeidung von Müll und zur Verringerung des
45 Müllaufkommens.
- 46 • Eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer Abgabe auf Einweg-
47 Getränkeverpackungen, um den Mehrweganteil anzuheben.

- 1 • Vorrang für mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen (MBA) bei der
2 Müllbeseitigung.

3

4 **Wasser und Abwasser**

5 Die Bayern haben in den vergangenen Jahren Wasser gespart. Die Qualität des
6 Trinkwassers ist dank eines flächendeckenden Trinkwasserschutzes überwiegend von sehr
7 guter Qualität. Das System kleinteiliger Wasserversorgung durch eine Vielzahl von
8 Wasserbetrieben, die sich überwiegend in kommunaler Hand befinden, hat sich bewährt.
9 Das gegenwärtige System der Wasserversorgung muss gegen alle Versuche, die
10 Wasserwirtschaft zu liberalisieren und privaten Profitinteressen zugänglich zu machen,
11 verteidigt werden. Neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit können die Qualität
12 der Dienstleistungen im Bereich Wasser und Abwasser verbessern.

13 DIE LINKE fordert:

- 14 • Keinerlei Privatisierung bei der Wasserwirtschaft.
- 15 • Bekämpfung aller Formen von Korruption bei der Vergabe von Bauaufträgen für
16 Kläranlagen, Leitungsnetzen und anderen öffentlichen Vorhaben.

17

18 **Verkehr**

19 Die Mobilität aller Menschen in Bayern muss sichergestellt sein. Für Arme wie für Reiche, für
20 Großstädte wie für ländliche Regionen, für Menschen mit und ohne Auto. Im Mittelpunkt
21 linker Verkehrspolitik stehen die Menschen, nicht Autos oder Flugzeuge.

22 Die maßgebliche Beeinflussung der Verkehrspolitik durch die Automobilkonzerne muss
23 gerade in Bayern thematisiert werden. Die CSU-Landesregierung scheint eher Sachwalter
24 der Interessen der Aktieninhaber der Automobilkonzerne zu sein als verantwortlich für die
25 Zukunftsinteressen der Bevölkerung.

26 Linke Verkehrspolitik setzt auf eine starke Gemeinwohlverantwortung des Staates. Die
27 öffentliche Hand finanziert seit vielen Jahren die Verkehrsnetze und sichert durch
28 Milliardenbeträge, dass Mobilität erst möglich wird. Diese Verantwortung und die bereits
29 erbrachten Vorleistungen dürfen nicht privatisiert werden.

30

31 Verkehrspolitik der CSU in Bayern heißt: größer schneller, weiter. Mehr Autobahnen, mehr
32 Prestigeprojekte ohne verkehrspolitischen Nutzen, mehr Landschaftszerstörung, mehr Lärm.
33 Gleichzeitig kürzte die CSU die Landesmittel für Bus und Bahn, sowohl direkt wie auch
34 indirekt über den Bundesrat und die Bundesregierung. Trotz erheblicher Mehreinnahmen
35 durch die Mehrwertsteuererhöhung wurden im Nahverkehr die Regionalisierungsmittel
36 gekürzt und die Busförderung gestrichen.

37

38 Auch wenn der öffentliche Verkehr Vorrang haben muss, ist für viele Menschen Mobilität nur
39 mit dem Auto möglich. Um dieses Mobilitätsbedürfnis auch zukünftig befriedigen zu können,
40 braucht es neue, effizientere und schadstoffarme Technologien für das Automobil.

41

42 Auch die Binnenschifffahrt kann in Europa zu einer Verlagerung von Gütern weg von der
43 Straße beitragen. Auf bestehenden Achsen wie beispielsweise dem Main ist
44 Binnenschifffahrt als Erschließung von Industriezentren sinnvoll. Dies darf jedoch nicht
45 bedeuten, dass aus lebendigen Flüssen betonierete Kanalbecken werden.

46

47 DIE LINKE tritt in Bayern wie auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des
48 Bundesverkehrswegeplans ein. Soziale, raumordnerische und ökologische Belange sind
49 mindestens gleichwertig zu betrachten. Modernisierung und Sanierung vorhandener
50 Infrastruktur müssen vor Neubau Vorrang haben.

51 DIE LINKE fordert:

1 Beim öffentlichen Verkehr:

- 2• Keine Privatisierung der Deutschen Bahn AG.
- 3• Kein Neubau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt.
- 4• Die vorhandene Schieneninfrastruktur muss modernisiert, ausgebaut und erweitert
- 5 werden. Dies gilt für den Ausbau von Fernverkehrsverbindungen (wie z.B. München -
- 6 Salzburg oder Nürnberg - Prag) sowie die verkehrstechnische Erschließung und
- 7 Einbindung aller bayerischen Regionen (wie z.B. die Elektrifizierung Regensburg - Hof
- 8 oder München - Lindau).
- 9• Ausbau der Regionalnetze der Bahn. Dazu gehören unter anderem auch die
- 10 Reaktivierung stillgelegter Strecken (wie z.B. nach Wasserburg am Inn oder im
- 11 Höllental).
- 12• Aufbau von Regio-Tramnetzen und Stadtumlandbahnen. Hierfür eignen sich
- 13 insbesondere Regionen um Städte wie Erlangen, Würzburg, Regensburg oder Passau.
- 14• Den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. In Gebieten, die
- 15 bisher nur ein geringes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln haben, sollen alternative
- 16 Bedienungsangebote wie Rufbusse und Anrufsammeltaxis die Versorgung sicherstellen.
- 17• Eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger untereinander, unter Einbeziehung des
- 18 PKW-Verkehrs.
- 19• Verbindliche Fahrgastreuechte für ganz Bayern. Bei den derzeitigen freiwilligen
- 20 Vereinbarungen haben die Fahrgäste nur in fünf Prozent der Fälle überhaupt einen
- 21 Anspruch.
- 22• Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen bezahlbar sein. Für sozial Schwächere soll ein
- 23 landesweites Sozialticket eingeführt werden.

24 Beim Flugverkehr:

- 25• Keine dritte Startbahn beim Flughafen München. Die vorhandene Infrastruktur ist für
- 26 bayerische Verhältnisse mehr als ausreichend – viele Umsteigerverkehre sind schlicht
- 27 unsinnig oder unnötig. Der Flughafen München muss und darf nicht zum fünften globalen
- 28 Drehkreuz in Mitteleuropa mutieren.
- 29• Keine Erweiterung des Nürnberger Flughafens und kein weiterer Ausbau von
- 30 Regionalflugplätzen. Gerade auf Kurzstrecken gibt es durch andere Verkehrsträger
- 31 bessere Alternativen.
- 32• Die Kerosinzuschüsse für den Münchner Flughafen sind umgehend abzuschaffen.
- 33 Steuersubventionen für Kerosin müssen abgebaut werden.

34 Beim Straßenverkehr:

- 35
- 36• Kein weiterer Neubau von Autobahnen und Fernverkehrsstraßen.
- 37• Straßenneu- und ausbauten, wie z.B. Ortsumfahrungen, sollen nur dann realisiert
- 38 werden, wenn durch diese Maßnahme eine erhebliche Entlastung erreicht und dem
- 39 Naturschutz Rechnung getragen wird.
- 40• Die Förderung Sprit sparender Fahrzeuge.
- 41• Ein Tempolimit auf allen bayerischen Autobahnen.
- 42• Mehr Verkehrssicherheit – wir wollen den Ansatz von „Vision Zero“ auch in Bayern
- 43 umsetzen.
- 44• Eine Änderung der Stadtentwicklungspolitik, um unnötigen Verkehr möglichst zu
- 45 vermeiden.
- 46• Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Autos, wie Carsharing oder
- 47 Pendlernetze.

48 Beim Güterverkehr:

- 49• Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Stärkere Finanzierung
- 50 des Gleisanschlussprogramms. Neue Gewerbe- und Industriegebiete dürfen nur noch in

- 1 der Nähe von Bahnstrecken entstehen bzw. müssen durch die Schiene erschlossen
- 2 werden.
- 3• Ausdehnung der LKW-Maut auf alle bayerischen Straßen und auf alle Lastkraftwagen.
- 4 Die Kosten für die Nutzung der Schiene müssen niedriger sein als die Straßenmaut.
- 5• Keine „Monster-Trucks“ (extralange und extraschwere LKW) auf Bayerns Straßen.

6Bei der Binnenschifffahrt:

- 7• Die Schifffahrt hat sich den natürlichen Gegebenheiten anzupassen.
- 8• Schonender Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen, keine Kanalisierung,
- 9 keine Staustufen.

10

11 **Transrapid**

12Das jähe Ende des Prestigeprojektes der bayerischen Staatsregierung erhellt, was es
13bedeutet, wenn die CSU mit 50 Prozent plus X unser Land regiert: Nicht die Einsicht in den
14verkehrspolitischen, ökologischen und auch ökonomischen Unsinn des Projektes hat die
15CSU zu einer Kehrtwende veranlasst. In erster Linie war es die Furcht vor einer herben
16Abfuhr durch die bayerische Bevölkerung bei dem von einem breiten Bündnis getragenen
17Volksbegehren gegen den Transrapid kurz vor den Landtagswahlen. Die von 1,85 auf über
18drei Milliarden gestiegenen Kosten boten der CSU-Führung schließlich einen Anlass, unter
19Verweis auf diese Kostensteigerung von ihrer eigenen Fehleinschätzung abzulenken. Auch
20mit „nur“ 1,85 Milliarden Euro wäre das Verkehrsprojekt blanker Unfug gewesen. Im Bündnis
21„Nein zum Transrapid“ hat DIE LINKE mit vielen Organisationen der Zivilgesellschaft und
22anderen bayerischen Oppositionsparteien dazu beigetragen, das Land vor großem Schaden
23zu bewahren.

24

25 **Klima- und Energiepolitik**

26Eine ausschließlich gewinnorientierte Energiepolitik bedroht unser Klima und unsere Umwelt
27unmittelbar.

28Neben den direkten Umweltwirkungen wird der Klimawandel in armen Ländern schwere
29Konflikte nach sich ziehen, beispielsweise aufgrund notwendig werdender Umsiedlungen
30oder im Kampf ums Wasser. Es liegt auf der Hand, dass damit bereits bestehende soziale
31Konflikte und religiös motivierte Auseinandersetzungen verschärft werden.

32Aber auch in unserer Heimat sorgen sich viele Menschen darum, ob sie sich auch im
33nächsten Monat noch Strom, Gas und Heizung werden leisten können.

34Insofern ist unser Engagement für erneuerbare Energien, Energieeinsparung und
35umweltfreundliche Mobilität in Bayern nicht nur Umweltpolitik, sondern auch Friedens- und
36Solidaritätsarbeit.

37DIE LINKE in Bayern unterstützt die „Energievision Bayern“ der Umweltverbände, nach der
38der Energieverbrauch im Freistaat bis 2030 halbiert werden soll. Unabhängig davon muss
39sich die Staatsregierung das Ziel stellen, den Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber 1990
40bis 2020 um mindestens 15 Prozent und bis 2030 wenigstens um 30 Prozent zu senken.

41Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, da die bayerische Stromproduktion gegenwärtig aufgrund der
42falschen Energiepolitik der CSU zu etwa 64 Prozent auf unverantwortlich riskanter Atomkraft
43beruht, welche schnellstmöglich abgeschaltet werden muss. Auch wenn man davon ausgeht,
44dass der Stromverbrauch bis 2020 bei einer aktiven Einsparpolitik spürbar sinken wird, kann
45der bayerische Atomstrom bis dahin nur zum Teil durch regenerative Energieträger innerhalb
46Bayerns ersetzt werden. Deren Anteil am Primärenergieverbrauch liegt gegenwärtig bei acht
47Prozent, wobei davon ein großer Teil aus Wasserkraftwerken stammt, deren Kapazität nicht
48wesentlich erweitert werden kann. Deshalb wird der Bau von Gaskraftwerken ebenso wenig
49zu vermeiden sein wie der vorübergehende Stromimport aus anderen Bundesländern oder
50dem Ausland. Ein Neubau von Kohlekraftwerken als Ersatzkapazitäten wäre dagegen ein
51Weg in die Vergangenheit und ein Schlag gegen den Klimaschutz

1 DIE LINKE wird im Landtag dafür eintreten, dass die Energieversorgung wieder zunehmend
2 in die öffentliche Hand kommt. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Rückkauf
3 von Stadtwerksanteilen von E.ON oder anderen EVUs befördern. Die bayerische
4 Staatsregierung muss die Bundesregierung auffordern und unterstützen, die
5 Übertragungsnetze eigentumsrechtlich von den Stromkonzernen zu trennen und in
6 geeigneter öffentlicher Form zu übernehmen.

7 DIE LINKE stemmt sich dagegen, ärmere Haushalte von einem angemessenen Wärme- und
8 Stromverbrauch auszuschließen. Sie fordert von den Stromversorgern Sozialtarife für
9 Haushalte mit niedrigem Einkommen.

10 Der Ausstieg aus Atomenergie ist für Bayern eine große Chance. Das Land muss sich als
11 Innovationsmotor für Energieeffizienz, regenerative Energien und moderne
12 Energiemanagementsysteme profilieren.

13

14 DIE LINKE Bayern setzt sich für die schnellstmögliche Umrüstung des Garching
15 Forschungsreaktors FRM II ein. Der bisherige Reaktorbetrieb mit HEU (high enriched
16 uranium), d.h. mit waffenfähigem Uran, muss auf nicht atomwaffenfähiges LEU (low
17 enriched uranium) umgerüstet werden.

18 DIE LINKE fordert, die bayerische Energie- und Verkehrsforschung an den
19 Zukunftsaufgaben zu orientieren, statt Forschungsgelder für Prestigeprojekte (wie z.B. beim
20 gescheiterten Transrapid) zu verschwenden.

21 Im Hinblick auf das europäische Emissionshandelsystem tritt DIE LINKE in Bayern dafür ein,
22 schnellstmöglich die kostenlose Vergabe der wertvollen Zertifikate an die Stromversorger zu
23 beenden. Denn die Versorger preisen den Marktwert der ihnen geschenkten
24 Emissionsrechte in den Strompreis ein und erzielen so Sondergewinne in Milliardenhöhe.

25

26 DIE LINKE fordert entsprechende Programme für:

- 27 • Die Einsparung von Energie in der Erzeugung und Anwendung durch intelligente
28 Erzeugung, Verbrauchsvermeidung und steigende Energieeffizienz von Maschinen und
29 Geräten.
- 30 • Die Verbesserung und Modernisierung der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung
31 sowie der Wärmedämmung nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand.
- 32 • Die Ausschöpfung der Potenziale der Windkraft, Photovoltaik, Sonnen- und Erdwärme
33 und der Biomasse.

34

35 **Dem Dorf eine Zukunft geben**

36 Die ländlichen Gebiete umfassen mehr als 80 Prozent der bayerischen Landesfläche. Hier
37 wohnen mehr als die Hälfte der rund 12 Millionen Bürger des Freistaates. Leider fallen
38 Postkartenidylle und Lebenswirklichkeit von Jahr zu Jahr weiter auseinander. Postämter
39 wurden geschlossen, der DSL-Ausbau hat sich auf die Ballungsräume konzentriert und mit
40 der auch von der bayerischen Landesregierung angestrebten Privatisierung der Bahn droht
41 weiten Teilen Bayerns die Abkoppelung vom öffentlichen Personennahverkehr. Auch im
42 Bereich von Schule, Verwaltung und Gesundheitsvorsorge wird der ländliche Raum
43 zunehmend benachteiligt. Hauptschulen und Kindergärten werden zentralisiert,
44 Verwaltungsaufgaben vom Land in die Städte wegreformiert, Krankenhäuser und Arztpraxen
45 geschlossen.

46

47 Dabei garantieren das deutsche Grundgesetz und die bayerische Verfassung allen hier
48 lebenden Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Die bayerische
49 LINKE hält an diesem Anspruch der Politik fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich der
50 räumlichen Unterschiede ein. Dazu trüge auch die in unserem Steuerkonzept geforderte
51 deutliche Erhöhung und Verstetigung der Einnahmen strukturschwacher Kommunen bei.

1

2DIE LINKE setzt sich in Bayern für eine Stärkung des ländlichen Raumes ein, Infrastruktur
3muss vor Rendite gehen. Öffentliche bzw. genossenschaftliche Formen zum Betrieb von
4z. B. Einkaufsläden im Dorf, Breitbandnetzen, Dorfbussen usw. sind vom Freistaat verstärkt
5zu unterstützen.

6

7

8

9**Für einen ökologisch orientierten Landbau - gegen Gentechnik**

10

11Die bisherige Landwirtschaftspolitik stört unser Umweltgleichgewicht. Ein ökologisch
12orientierter Landbau trägt hingegen zum Gewässerschutz bei, erzeugt weniger
13Treibhausgase und ist in der Lage, diese zu binden, erhält die Artenvielfalt und bewahrt die
14kleinteilige, reich strukturierte Kulturlandschaft.

15Die Nachfrage nach gering belasteten, ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt. Der
16Bedarf wird nur zu einem geringen Teil durch die inländische Landwirtschaft gedeckt.

17

18Zwei Entwicklungsperspektiven für die bayrische Land- und Forstwirtschaft wollen wir
19besonders fördern:

20- den Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu

21 umweltverträglicheren Produktionsformen;

22- die Stärkung und den Ausbau der landschaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen
23 Gegebenheiten, z.B. Almwirtschaft, grüne Fluss-Auen, Bannwald.

24

25Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie, die nicht gebraucht wird. Der behauptete Nutzen
26ist kaum belegt oder steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu den ökologischen und
27gesundheitlichen Risiken transgener Pflanzen.

28DIE LINKE Bayern lehnt die Agro-Gentechnik und Patente auf Lebewesen ab.

29Die Agro-Gentechnik würde zu einer extremen Abhängigkeit der Bauern von den global
30agierenden Chemie- und Pharmakonzernen führen, für die Profit und Marktmacht im
31Vordergrund stehen. Horrende Lizenzgebühren würden nicht nur von den Nutzern des
32patentierten Saatgutes verlangt, sondern auch von Bauern, deren Felder durch Auskreuzung
33kontaminiert wurden. Ein weiterer Schritt zur globalen Beherrschung des Ernährungssektors
34ist die von den Chemie- und Pharmakonzernen forcierte Patentierung von Schweine-Genen.

35

36Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen wirksamen Schutz für die agro-gentechnikfreie
37Landwirtschaft. Die Interessen der Nichtanwender und Imker müssen geschützt werden.

38

39DIE LINKE setzt sich für eine soziale und ökologische, also nachhaltige Landwirtschaft ein,
40die regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft und im Sinne
41einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

42

43Die für die Landwirtschaft gezahlten Subventionen sind heute undurchsichtig und
44unvernünftig zugleich verteilt. Subventionen müssen die Erhaltung und Schaffung von
45Arbeitsplätzen im ländlichen Raum sicherstellen sowie landschaftspflegerischen Leistungen,
46wie z.B. die Almbewirtschaftung, honorieren, sie dürfen nicht als Mittel des internationalen
47Preiskampfes eingesetzt werden.

48

49Die Umverteilung von EU-Mitteln aus der Direktförderung der Betriebe (Säule 1) in die
50Förderung des ländlichen Raumes (Säule 2) ist, abgesehen von den so genannten
51Agrarumweltmaßnahmen, nur dort sinnvoll, wo Veränderungen zu mehr Nachhaltigkeit und
52sozialer Gerechtigkeit beitragen und die Landwirte von der zurzeit unerträglichen Bürokratie
53entlasten.

54

1 Für die landwirtschaftliche Sozialversicherung bringt der Strukturwandel in der
2 Landwirtschaft große Probleme. Dieses bisher eigenständige System muss in die allgemeine
3 gesetzliche Sozialversicherung integriert werden.

4
5 DIE LINKE fordert:

- 6
- 7 • die Stärkung des ökologisch orientierten Landbaus;
 - 8 • eine regionale Vermarktung von Agrarprodukten;
 - 9 • die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die
10 ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft;
 - 11 • die Eingliederung der bisher selbstständigen Sozialversicherung für Landwirte in die
12 gesetzliche Sozialversicherung;
 - 13 • die Verhinderung des Anbaus von gentechnisch verändertem Saatgut;
 - 14 • die Ausweitung von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe nur in einem vernünftigen Maß
15 auf lokaler Ebene.
- 16

17 18 **Bayerns Wälder: Kulturgüter, Naherholungsgebiete und Wirtschaftsfaktoren**

19
20 Für den Schutz von Wasser, Luft und Boden haben die bayerischen Wälder eine
21 herausragende Bedeutung. Durch Monokulturen und die ausschließlich gewinnorientierte
22 Bewirtschaftung ist ihr Zustand besorgniserregend.

23
24 DIE LINKE tritt für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung der bayerischen
25 Wälder ein. Ziel linker Politik ist die Erhaltung einer flächendeckenden Land- und
26 Forstwirtschaft sowie die Gewinnung von Einkommensalternativen für die Land- und
27 Forstwirte. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich an den lokalen Standortbedingungen
28 und den Bedürfnissen der Menschen und nicht an Prämienzahlungen zu orientieren.

29
30 DIE LINKE setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung ein. Nutztiere müssen ihr angeborenes
31 Verhaltensrepertoire ausleben können. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem
32 Tierschutz-TÜV als einheitliches Prüf- und Zulassungssystem für Tierhaltungssysteme in der
33 Landwirtschaft.

34
35 DIE LINKE fordert die Förderung von Forschung und den Einsatz von Methoden, die
36 Tierversuche ersetzen. Wir setzen uns für ein Verbandsklagerecht von
37 Tierschutzorganisationen ein. Bisher können nur Tierhalter oder Tiernutzer, wie z. B.
38 Experimentatoren, gegen Tierschutzaufgaben klagen. Das heißt, es kann nur klagen, wer
39 weniger Tierschutz durchsetzen will. Mit einem Verbandsklagerecht könnte die Einhaltung
40 geltender Tierschutzbestimmungen gerichtlich geprüft und durchgesetzt werden.

41
42 Wild lebende Tiere sind eine Bereicherung für Bayern. Die Wiederansiedlung ausgerotteter
43 Tierarten ist möglich und sinnvoll. DIE LINKE fordert ein vorausschauendes
44 Wildtiermanagement, mit dem die Bedürfnisse von Mensch und Tier ausbalanciert werden.
45 Tiere wie der Biber und der Kormoran müssen weiterhin geschützt werden. Die gegenwärtig
46 praktizierten großzügigen Ausnahmegenehmigungen zum Fangen und Töten von Bibern und
47 Kormoranen lehnt DIE LINKE ab.

48 Positionen und Forderungen der LINKEN:

- 49
- 50 • Eine rein betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus gefährdet unsere
51 Lebensgrundlagen. Darum wird DIE LINKE in Bayern Privatisierungen von Staats-
52 und Kommunalwäldern ablehnen.
 - 53 • Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe für Verarbeitung und
54 energetische Nutzung auf lokaler Ebene.
 - 55 • Förderung von Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen.

- 1 • Förderung der Land- und Forstwirtschaft als "Motor für die Entwicklung ländlicher
- 2 Räume" und des Tourismus.
- 3 • Artgerechte Tierhaltung durch Ausbau der Ställe, ausreichenden Platz sowie
- 4 genügend Bewegungsmöglichkeiten – Anbindehaltung für Milchkühe, Spaltenböden
- 5 für Schweine und Käfighaltung, auch so genannte Kleinvögel von Geflügel, sind
- 6 damit nicht vereinbar.
- 7 • Schlachtiertransporte, die nicht selten durch ganz Europa und darüber hinaus gehen,
- 8 müssen gestoppt, Tiere grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof geschlachtet
- 9 werden.
- 10 • Verbot von Tierversuchen für Inhaltsstoffe von Kosmetika und für die Tabakindustrie.
- 11 • Kennzeichnungspflicht auch für Flüssigei- und Eiprodukte.
- 12 • Verbot der Einfuhr und des Handels von wild gefangenen Vögeln aus aller Welt;
- 13 bisher gilt dieses Verbot nur für in der EU gefangene Wildvögel.
- 14
- 15
- 16

177. Für den Frieden - gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und 18 die weitere Militarisierung Bayerns

19
20 Die CSU ist seit langem eine treibende Kraft der Militarisierung Deutschlands. Der frühere
21 bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß spielte
22 dabei, nicht zuletzt in seiner Funktion als Bundesminister, eine bedeutende
23 Rolle. Das Land Bayern und die bayerischen Abgeordneten im Bundestag – mit Ausnahme
24 derer aus der Fraktion DIE LINKE – beteiligen sich auch heute an der Unterstützung der
25 weltweit geführten Angriffskriege mit deutscher Beteiligung, durch die USA und die NATO-
26 Staaten.

27
28 In der Innenpolitik gehören Scharfmacher wie Günter Beckstein zu den
29 politischen Kräften, die eine Verwischung der Trennung von polizeilichen und
30 militärischen Aufgaben als sicherheitspolitische Errungenschaft verkaufen
31 wollen.

32
33 Bayern ist die große Rüstungsschmiede Deutschlands. Der Panzerbauer
34 Krauss-Maffei rüstet nicht nur die Bundeswehr aus. Deutsche Panzer sind ein
35 Exportschlager. Sie werden an 21 Staaten – zum Teil in Krisen- und
36 Kriegsregionen – geliefert. EADS in der Nähe Münchens zählt zu den größten
37 Rüstungsunternehmen. Zwar sind die Militärpolitik und die großen
38 Rüstungsprojekte in erster Linie Sache der Bundesregierung, aber die
39 bayerische Regierung steht an vorderster Front, wenn es um die Aufrüstung
40 Deutschlands und die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr geht. Friedenspolitik hat
41 im bayerischen Landtag bis jetzt keine Heimat.

42
43 Bayern stellt, noch vor Hessen und Rheinland-Pfalz, den größten Teil der
44 militärischen Infrastruktur für die ca. 70 000 in Deutschland stationierten
45 US-Soldaten zur Verfügung.
46 Grafenwöhr in der Oberpfalz ist der größte US-Truppenübungsplatz in Europa.
47 Hier wurden und werden Tausende von US-Soldaten für ihre Kampfeinsätze
48 ausgebildet und anschließend an die Kriegsfront im Irak und in Afghanistan
49 geschickt. Das 21 000 Hektar große Gelände wird derzeit für zusätzliche 3 000
50 Soldaten ausgebaut.

51
52 Im mittelfränkischen Ansbach will das US-Militär eine Hubschrauberbasis zur
53 zentralen Drehscheibe seiner weltumspannenden Kriegseinsätze machen. Auf 150
54 Hektar Naturfläche soll ein zusätzliches umzäuntes Kasernenghetto für bis zu

12 100 Soldaten entstehen. Diese überdimensionierten Ausbaupläne würden die
2 Vernichtung eines 50 Hektar großen Biotops, die Enteignung mehrerer Landwirte,
3 Fluglärm und Luftverschmutzung durch die 112 Kampfhubschrauber und massive
4 Steuergeldverschwendung bedeuten.

5

6 Bayern ist damit ein wichtiger Bestandteil der US-Kriegsmaschinerie und
7 leistet Beihilfe zur Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen – auch wenn
8 das gegen das Grundgesetz (Artikel 26) verstößt.

9

10 Die CSU-Staatsregierung unterstützt die seit vielen Jahren in München
11 abgehaltene so genannte Sicherheitskonferenz, auf der NATO-Strategen ihre
12 Planungen besprechen. Der bayerische Ministerpräsident lässt den
13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz regelmäßig mit einem Gala-Diner
14 politische Unterstützung zukommen. Gleichzeitig werden Tausende bayerische
15 Polizistinnen und Polizisten gegen diejenigen eingesetzt, die sich auf der
16 Straße an Demonstrationen gegen die kriegerische Politik der NATO beteiligen.

17

18 DIE LINKE ist die einzige politische Partei, die im Bundestag ihre
19 Stimme gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr erhebt, weil sie militärische
20 Konfliktlösungen als Mittel internationaler Politik ablehnt. DIE LINKE
21 begreift sich als Teil der Friedens- und Antikriegsbewegung und unterstützt
22 alle Initiativen, die eine Rückkehr des Militarismus in das politische
23 Repertoire der Bundesrepublik nicht hinnehmen wollen.

24

25 DIE LINKE in Bayern

26

- 27 • unterstützt den anhaltenden Bürgerprotest gegen Projekte wie z. B.
28 die Hubschrauberbasis in Ansbach. Im Landtag werden wir uns mit Nachdruck für
29 den Stopp solcher Ausbaupläne einsetzen.
- 30 • wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Stationierungsrechte des
31 US-Militärs in Deutschland zu kündigen.
- 32 • fordert die Beendigung der politischen Unterstützung der
33 "NATO-Sicherheitskonferenz" in München.
- 34 • ist gegen die weitere Militärisierung der deutschen Innen- und Außenpolitik.
- 35 • fordert die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.